

Aufschwung? Nicht für uns!

Aufschwung! Rekordgewinne! Bombenstimmung an der Börse. Ja, die Reichen werden reicher, aber Millionen Menschen bleiben auf der Strecke:

- Trotz 7 Jahren Wirtschaftswachstum leiden offiziell noch immer 2 Millionen (in Wirklichkeit 3,5 Mio.) Menschen unter Arbeitslosigkeit. Ohne Arbeitszeitverkürzung (Kohl-Zitat: „dumm und töricht“) wären es 250.000 mehr.
- Während dieses Aufschwungs sind eine Million mehr Menschen in Armut abgerutscht: Die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist auf 3,3 Mio. gestiegen. Sie müssen mit 39% des Durchschnittslohnes eines Arbeiters auskommen.
- 2 Mio. Menschen arbeiten in ungeschützten Arbeitsverhältnissen ohne Sozialversicherung.
- Aber selbst die Arbeiter, die diesen Aufschwung erwirtschafteten, haben kaum etwas davon abbekommen. Das haben die Großverdiener sich angeeignet.

Netto-Realgewinne 1982-88	+92,3%	Netto-Reallöhne 1982-88:	+6,4%
Anteil der Gewinne am Volkseinkommen:	1981: 25% 1988: 35%	Anteil der Löhne u. Gehälter am Volkseinkommen	1981: 75% 1988: 65%
Steuer und Sozialversicherung (Anteil am Einkommen)	19,8%	Steuer und Sozialversicherung (Anteil am Einkommen)	33%
Kaufkraft:	+10,5%	Kaufkraft:	+2,3%

Die Unternehmer sind in diesem Jahr um 10,5% reicher geworden. Ein Beispiel: Hoechst erhöhte den Umsatz um 11%, schmiß 2% der Kollegen raus und scheffelte dabei 18% mehr Gewinne. Jeder Hoechst-Arbeiter „schenkte“ der Firma 12.121 DM im Jahre 1988. Also: Aufschwung für wen eigentlich?

Natürlich leisten die CDU/CSU und die FDP ihren Beitrag zu dieser Umverteilung von unten nach oben. Jedes Jahr hinterziehen die Kapitalbesitzer illegal 15 Mrd. DM an Steuern, aber jetzt will die FDP sie ab 1995 um noch 20-25 Mrd. jährlich entlasten.

Was machen die Konzerne eigentlich mit dem ganzen Geld? Investieren tun sie kaum. Erst seit letztem Jahr steigen die Investitionen, nach Jahren Stagnation. Von 1981-87 verdoppelten sich die Gewinne von 157 Mrd. DM auf 324 Mrd. DM. Aber bloß miserable 20 Mrd. DM aus diesem Zuwachs wurden zusätzlich in die Zukunft investiert, größtenteils in Rationalisierung.

Wir haben mit unseren „Investitionen in die Zukunft“ schon mehr Probleme: Zwar haben sich die Einzelhändler darüber gefreut, daß die Konsumentennachfrage in den letzten Jahren angestiegen ist. Aber viele von uns konnten sich ihre Wünsche nur mit

Hilfe von Krediten erfüllen. Wer kann schon noch so viel sparen, daß er 16.000 DM oder mehr für das dringend benötigte Auto bar auf den Tisch blättern kann? Steigende Mieten und jetzt auch eine steigende Inflationsrate - da wird der Spielraum für größere Neuanschaffungen immer enger.

Weil die Unternehmen so wenig investiert haben, ist es kein Wunder, daß die Kapazitätsgrenzen sofort erreicht werden, wenn die Nachfrage steigt. Kein Wunder auch, daß es in manchen Gebieten Facharbeitermangel gibt, da weniger Menschen ausgebildet worden sind. Das meiste Geld haben die Bosse ausländischen Banken geliehen, um höhere Zinserträge zu bekommen oder sie haben damit spekuliert.

In einer sinnvoll geplanten Wirtschaft, demokratisch verwaltet im Interesse aller, würde all dieses Kapital in die Wirtschaft investiert, um die Probleme der Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot usw. endlich zu lösen.

Dieser Aufschwung geht nicht nur auf Kosten des Arbeitslosenheeres und sozial Schwacher, sondern auch auf Kosten der Nerven und der Gesundheit der Arbeiter. Die höhere Produktion entsteht aus mehr Überstunden, Schichtarbeit (12% der Beschäftigten), regelmäßiger Nachtarbeit (10%), Samstags- und Sonntags-

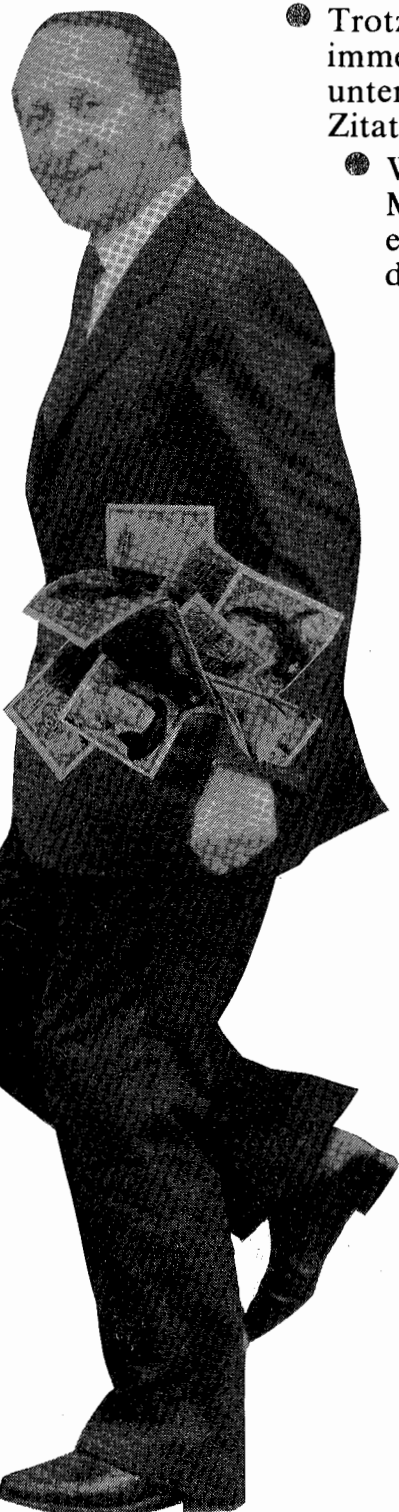
arbeit (32% bzw. 10%). Die Arbeits-hetze bedeutet immer mehr Streß und Unfälle. Verschleiß durch einseitige Beanspruchung und ständigen Arbeitsdruck verursacht 90% der 20 Mio. Rheumafälle in der BRD. Jeder dritte Metallarbeiter war 1986 wegen Erkrankung des Bewegungsapparates krankgeschrieben. Von allen Beschäftigten in der BRD erreichen durchschnittlich nur ein Drittel „normal“ das Rentenalter, ein weiteres Drittel muß als Berufsinvaliden in die Frührente, und das letzte Drittel erreicht die Rente wegen vorzeitigem Tod überhaupt nicht.

Krankheit, Armut, Überlastung - das ist es, was der Kapitalismus den meisten von uns zu bieten hat, selbst unter für die Unternehmer günstigsten Voraussetzungen! Da können wir uns lebhaft vorstellen, was auf uns zukommt, wenn die wirtschaftliche Lage sich verschlechtert.

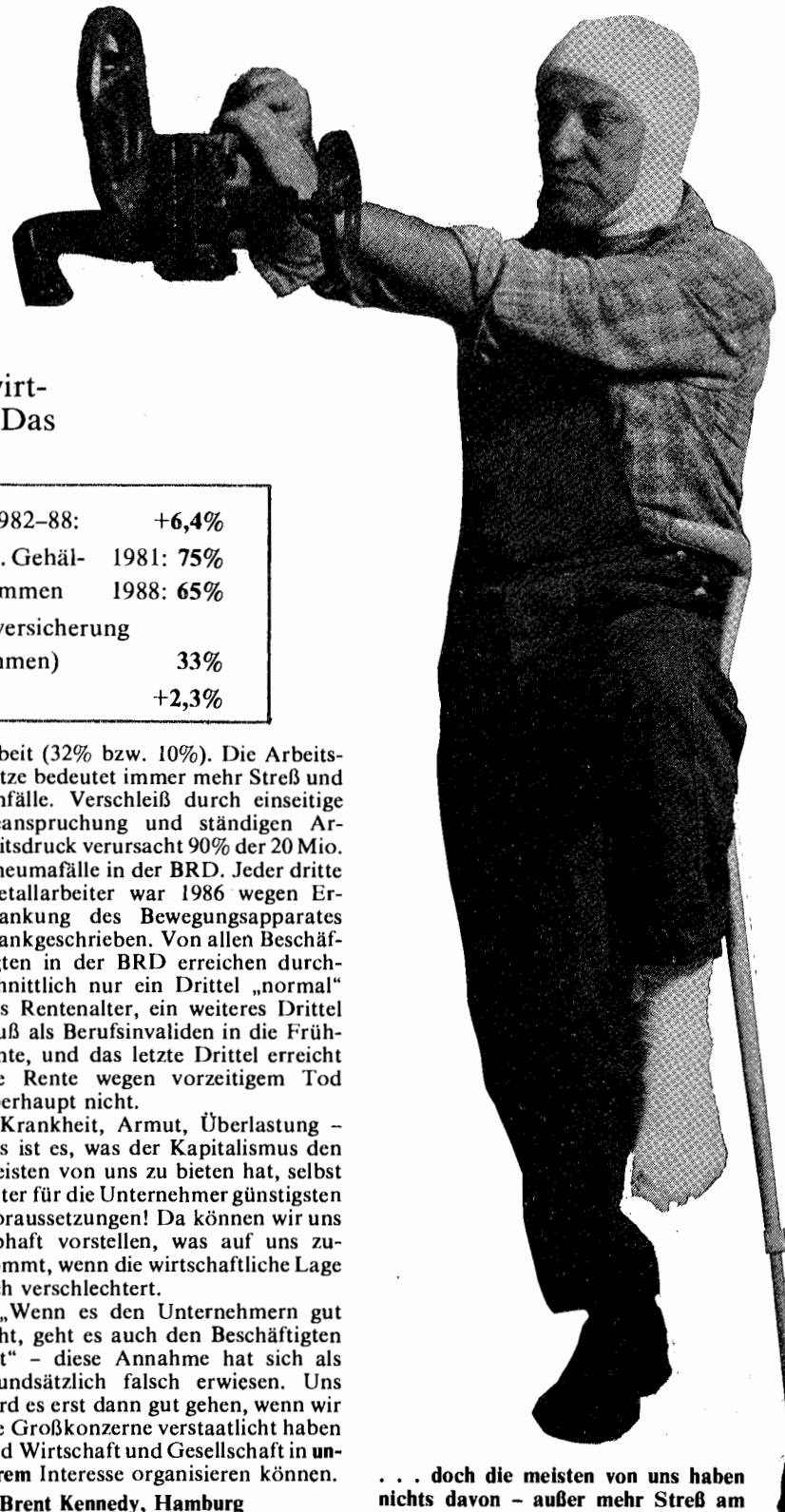
„Wenn es den Unternehmern gut geht, geht es auch den Beschäftigten gut“ - diese Annahme hat sich als grundsätzlich falsch erwiesen. Uns wird es erst dann gut gehen, wenn wir die Großkonzerne verstaatlicht haben und Wirtschaft und Gesellschaft in unserem Interesse organisieren können.

**Brent Kennedy, Hamburg
SPD-Mitglied**

... doch die meisten von uns haben nichts davon - außer mehr Streß am Arbeitsplatz.



Von Kuenheim, BMW-Chef: Der Auto-konzern macht 1989 pro Arbeitstag 2 Mio. DM Gewinn, nach Steuern...



Der Kommentar

DDR: An dem Sturz der Bürokratie führt kein Weg vorbei

Vierzig Jahre nach der Gründung der DDR sieht sich die dortige Bürokratie mit der größten Fluchtwelle seit der Zeit kurz vor dem Mauerbau konfrontiert. Allein im letzten halben Jahr sind 50.000 Menschen legal oder illegal in die Bundesrepublik gekommen. Schätzungen gehen davon aus, daß sich zwei Millionen DDR-Bürger mit dem Gedanken tragen, ihr Land zu verlassen.

In den letzten Jahren hatte sich bei der Bevölkerung in der DDR einiges an Unmut angestaut. Das hatte sich zuerst in Protesten von Intellektuellen und Künstlern ausgedrückt, dann in der Friedensbewegung. Die Bürokratie versuchte, das Unzufriedenheitspotential im eigenen Land zu entschärfen, indem entweder die Ausreise genehmigt oder - falls „unliebsame Elemente“ im Lande bleiben wollten - erzwungen wurde. Davon abgesehen herrschte relative Ruhe. Honecker und seine Bürokratenriege gerieten nicht so unter Reformdruck wie etwa Gorbatschow in der Sowjetunion oder die Bürokratie in Polen, denn innerhalb des Ostblocks hatte die Bevölkerung den höchsten Lebensstandard und die Technik war am weitesten entwickelt.

Das hat sich jetzt geändert. Im Laufe des letzten Jahres hat sich die Versorgung der Bevölkerung verschlechtert. Mußte man zum Beispiel früher 12 Jahre warten, bis man einen Wartburg bekam, so beträgt diese Wartezeit heute 16 Jahre. Laut Plan hätte die Wirtschaft um 4,8% wachsen sollen. Nach offiziellen Angaben betrug es jedoch nur 2,6%, Gerüchten nach soll es in Wirklichkeit sogar nur 0,2% betragen haben. Die Kluft zwischen der Wirklichkeit und der Propaganda wird immer größer.

Zusätzlich zur wirtschaftlichen Situation ist die politische Lage in der Sowjetunion, in Polen und Ungarn von Bedeutung. Hier finden sich Vorbilder, daß anscheinend das System der bürokratischen Herrschaft veränderbar ist. Bisher halten jedoch Honecker und seine SED-Funktionäre am althergebrachten Stil der Unterdrückung fest. Sie wollen das Risiko nicht eingehen, daß das Volk, wenn sie ihm den kleinen Finger reichen, die ganze Hand nimmt.

Die Zahl der Ausreisewilligen war in den letzten beiden Jahren steil angestiegen. Die Abwanderung von überwiegend jungen Facharbeitern könnte die DDR in ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten bringen. Das, verbunden mit der bundesdeutschen Debatte über Asylanten, Aussiedler und Ausländer, ließ bei vielen DDR-Bürgern die Furcht aufkommen, daß sich die Ausreise-Regelungen wieder verschärfen würden. All diese Gründe führten zu der derzeitigen großen Fluchtwelle.

In der Bundesrepublik werden jetzt Befürchtungen laut, ob die wachsende Anzahl von DDR-Flüchtlingen noch verkraftbar sei. Die Regierungskoalition hat Angst, der Geister, die sie rief, möglicherweise nicht mehr Herr zu werden. Der SPD-Abgeordnete Stiegler ging sogar soweit, von der Bundesregierung zu verlangen, sie solle dafür sorgen, daß keine DDR-Bürger mehr in die Botschaften der Bundesrepublik kommen. Gegebenfalls müsse auch vom Hausrecht Gebrauch gemacht werden.

Schon in der Vergangenheit hat die SPD-Führung häufig eine wenig rühmliche Rolle gespielt, wenn es um die Opposition in Ostblockländern ging. In innerparteilichen Diskussionen wurde Kritikern der bürokratischen Regimes oft „Entspannungsfeindlichkeit“ vorgeworfen. Anstatt die Bevölkerung der DDR zu unterstützen und so mit dafür zu sorgen, daß die 2,3 Millionen parasitären Bürokraten ihre Macht verlieren, führte die SPD-Führung Verhandlungen mit gerade diesen Bürokraten. Sie verfaßte mit ihnen gemeinsam das „SPD-SED-Papier“, das das Papier nicht wert ist, auf dem es gedruckt wurde. Selbst heute noch wird die gleiche Strategie verfolgt, wie Karsten Voigt, außenpolitischer Sprecher der SPD und Mitglied im Parteivorstand am 18. August in der „taz“ schrieb: Es gibt „auch Kontakte zu einzelnen Oppositionellen. Aber diese Kontakte, insbesondere in der DDR, unterscheiden sich aufgrund geringer Institutionalisierung qualitativ von den Ländern, in denen oppositionelle Gruppierungen bereits einen legalen oder quasi-legalen Status erreicht haben... Die Parteiführung der SPD wird auch in Zukunft nicht mit illegalen Kontakten und Maßnahmen in die Länder Osteuropas und insbesondere auch nicht in die DDR hineinzuwirken versuchen.“

Das bedeutet im Klartext: Wir sollen warten, bis die Opposition von den Regimes genehmigt wird. Genauso verfuhr die SPD-Führung im Falle Polen. 1980/81, wo die Solidarnosc dringend jede Hilfe hätte gebrauchen können, ging die Führung der SPD auf Distanz. Jetzt, wo die Solidarnosc an der Regierung beteiligt ist, wird der Kontakt gesucht. Günther Verheugen jedoch darf mit dem - genauso illegalen - ANC Kontakte aufbauen und wird dabei von der Parteiführung unterstützt.

Klar ist: Die Massenflucht ist letzten Endes keine Lösung - nicht für die Menschen, die herkommen, und erst recht nicht für die, die in der DDR bleiben. Um den Sturz der Bürokratie führt kein Weg vorbei. Und diese politische Umwälzung zur demokratisch kontrollierten Planwirtschaft kann nur die Bevölkerung selbst durchführen. Aber wir können diesen Prozeß unterstützen, indem wir die Diskussion mit den Oppositionellen suchen, indem wir - und vor allem auch die Parteiführung - in unseren öffentlichen Stellungnahmen keinen Zweifel daran aufkommen lassen, auf wessen Seite wir stehen.

Gentechnologie Verbot ist keine Lösung

Ab und zu erscheinen in der Tagespresse (meist kurze) Meldungen über die Entwicklungen im gentechnologischen Bereich. Doch kann der normale Leser sich meistens nicht viel darunter vorstellen, ahnt aber instinktiv nichts Gutes - wie etwa bei der Atomenergie. Jetzt schon gibt es jede Menge Gruppen, die ein klares Nein zur Gentechnologie sagen und ein gesetzliches Verbot fordern.

Auch im linken Spektrum der Arbeiterbewegung wird diese Position immer mehr bezogen. Als Marxisten, aber letztlich auch als Betroffene, müssen wir versuchen, die Geheimnistuerei der Regierung und der Gentech-Industrie mit Fakten zu durchbrechen.

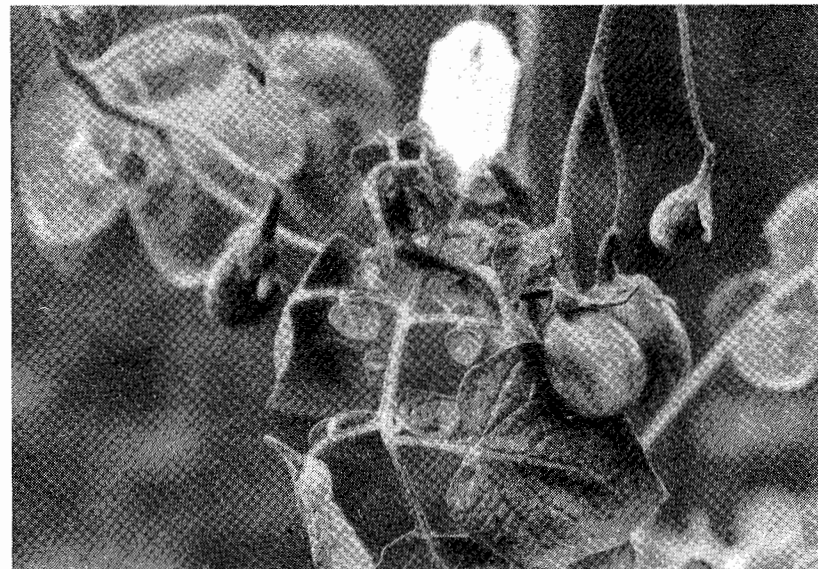
Das Gen ist die Erbinformation, die jeden lebenden Organismus in seinen Eigenschaften und in seiner Entwicklung bestimmt. Es ist in jeder einzelnen Zelle im gleichen Muster vorhanden. Seit Anfang der 70er Jahre wird mittels künstlicher Eingriffe Erbgut von Pflanzen, Tieren und auch Menschen bewußt geändert oder „manipuliert“. Im Bereich der wissenschaftlichen und medizinischen Forschung ist das eine revolutionierende Entwicklung, vergleichbar etwa mit der Kernspaltung bzw. -fusion im Energiebereich. Was sind die Chancen, aber auch Risiken der Gentechnologie? Wer betreibt sie und in wessen Interessen?

Chancen und Risiken

Der größte Vorteil der Gentechnologie liegt zweifellos im medizinischen Bereich. Die künstliche Herstellung von Insulin wurde durch sie möglich und hat das Leben von Millionen Diabetikern (Zuckerkranker) lebenswerter gemacht. Auch auf dem Gebiet der Krebs- und Aids-Bekämpfung kann die Genforschung eine Schlüsselrolle spielen. Im Rahmen der pränatalen Diagnostik (Untersuchungen des Kindes im Mutterleib) kann mittels der Fruchtwasseranalyse bereits im 4. Schwangerschaftsmonat festgestellt werden, ob das ungeborene Kind die genetische Veranlagung zu bestimmten Krankheiten hat, die später zu einer schlimmen Behinderung führen kann. So kann evtl. schon im Mutterleib mit der Behandlung des Kindes begonnen werden.

Im Bereich der Landwirtschaft haben genetisch veränderte Getreidesorten für Supererträge - überwiegend in der 3. Welt - gesorgt. Allerdings hat die sogenannte „grüne Revolution“ ihren Preis gefordert: nämlich die einsei-

kungen verschafft hat. Wenn z.B. gentechnisch veränderte Pflanzen bei den sogenannten „Freilandversuchen“ in den Kreislauf der Natur freigesetzt



Gentechnische Konstruktion „Tomoffel“ (aus Tomate und Kartoffel): Eingriffe werden durchgeführt, bevor man sich Klarheit über alle Neben- bzw. Wechselwirkungen verschafft hat.

werden, haben die Wissenschaftler keine Möglichkeit mehr, in den Prozeß einzugreifen, falls sich unerwünschte oder gefährliche Entwicklungen zeigen.

Knallharte Profitinteressen

Wir können uns nicht darauf verlassen, daß im Vorfeld alle eventuellen Risiken und Nebenwirkungen einer Gen-Veränderung sorgfältig untersucht werden, denn nicht das langfristige Wohl der Menschheit bestimmt die Entscheidungen der Firmen dieser Branche, sondern das kurzfristige Profitinteresse.



Auch in staatlichen Genforschungs-Instituten haben die Privatkonzerne direkten Einfluß.

tige Belastung der Böden. Das bedeutet, daß für kurze Zeit Super-Ernten möglich sind, der Boden langfristig aber unfruchtbar wird. An diesem Beispiel wird eine Problematik der Gentechnologie deutlich: Zugunsten kurzfristiger höherer Profite werden die langfristigen Konsequenzen der Zerstörung der Umwelt in Kauf genommen.

Ein anderes Problem besteht darin, daß gentechnische Eingriffe durchgeführt werden, bevor man sich Klarheit über alle Neben- bzw. Wechselwir-

Weltweit betreiben 10.000 Labors - davon 800 in der BRD - Genforschung bzw. -technologie. Nach den USA und Japan befindet sich die BRD in der Spitze dieser Branche. Es sind vor allem die privaten Pharmakonzerne wie Bayer, BASF und Hoechst, aber auch regierungsnahe Institute wie das Max-Planck-Institut und verschiedene Universitäten.

So geht es auf dem profitträchtigen Saatgutmarkt der 3. Welt um Umsatzerwartungen von z.B. jährlich 500 Mio. Dollar (Monsanto) oder 120

Mio. Dollar (Ciba-Geigy). 80% aller Pflanzenpatente auf dem Saatgutmarkt werden von einer handvoll Großkonzerne gehalten. Daß unter diesen Umständen die Gewinnerwartung der Betreiber und nicht die Sicherheit von Mensch und Umwelt an erster Stelle steht, dürfte wohl klar sein.

Aber auch bei den Instituten, die im Regierungsauftrag arbeiten, wirken die Privatkonzerne unmittelbar hinein, entweder durch das Mitfinanzieren von staatlichen Projekten oder durch den Austausch von Wissenschaftlern. So wird das Max-Planck-Institut (MPI) auch zu je 2% von Bayer und Hoechst finanziert. Bayer hat seit 1982 einen sogenannten „Grundlagenvertrag“ mit dem MPI, der für Bayer einen Kapitaleinsatz von jährlich 1 Mio. bedeutet. Das sichert den Großkonzernen unmittelbaren Einfluß. Ein Beispiel: Beim Referentenentwurf für ein neues Gentech-Schutzgesetz, der im März der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, hat sich der Druck der Industrie auf die Regierung spürbar gemacht. Gegenüber dem Bundes-Immissionsschutz-Gesetz, unter das die Gentechnologie bisher fiel, bedeutete der Entwurf eine deutliche Verschlechterung, was die Beteiligung der

Öffentlichkeit an Genehmigungsverfahren betrifft. BASF und Bayer hatten nämlich mit Auswanderung in die USA gedroht (wo Freilandversuche üblich sind), falls die Regierung der Industrie die lästige Öffentlichkeit nicht vom Hals hält.

Gentech-Verbot?

Bei aller Berücksichtigung der Nutzen der Gentechnologie muß das oberste Gebot für uns die Sicherheit der Menschen und der Schutz der Natur sein. Wir müssen also fordern - und die SPD und Gewerkschaften dafür mobilisieren -, daß alle Freilandversuche gestoppt und daß die Forschungsergebnisse der Industrie und Institute offengelegt werden. Gleichzeitig müssen wir die Enteignung der Pharmaindustrie fordern und sie unter die demokratische Kontrolle der Gewerkschaften und übrigen Bevölkerung stellen. Erst dann können wir entscheiden, wie wir die Möglichkeiten, die uns die Gentechnologie bietet, zum Wohle und Fortschritt der Menschheit einsetzen können.

Heute ein gesetzliches Verbot der Gentech zu fordern ist keine Lösung. Das hieße nämlich, Vertrauen in die Regierung zu setzen, daß sie unsere Interessen vor die ihrer Geldgeber stellt! Wir wissen aus Erfahrung nur allzugut, wie mit gesetzlichen Vorschriften anderer Art - z.B. Umweltschutzaufgaben - umgesprungen wird. Oder sollten wir uns etwa auf die Genehmigungsstelle der Zentralkommission für biologische Sicherheit (ZKBS) beim Bundesgesundheitsamt verlassen? Von den 12 Personen in diesem Gremium sind 10 entweder etablierte Genforscher oder Vertreter der Gentechnologie betreibenden Industrie!

Die Arbeiterbewegung darf in solchen Instanzen überhaupt kein Vertrauen setzen. Sie muß darum kämpfen, die Kontrolle über die Industrie und Regierungsstellen zu erlangen, damit sie selbst entscheiden kann, welche gentechnologischen Projekte wo und wie umgesetzt werden - oder ob Gentechnologie grundsätzlich noch zu verantworten ist.

Fiz Garvie, Köln, Jungsozialistin

VORAN

zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften

Erscheint seit Dezember 1973

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger

Redaktionsanschrift:
VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Telefon 0221/134504

Druck: Blitz-Druck GmbH, Heegstraße 26-28, 4300 Essen 11
Bankverbindung: Postgiroamt Essen, Kto.-Nr. 2500 59-430

Republikaner Sind die Rep's faschistisch?

Das Erstarken der Republikaner um Franz Schönhuber hat in der bundesdeutschen Öffentlichkeit eine Diskussion über den Charakter dieser Partei ausgelöst, die gleichzeitig auch eine Diskussion über Gegenstrategien darstellt.

In vielen europäischen Ländern ist ein Anwachsen rassistischer und nationalistischer Bewegungen zu verzeichnen. Wegen der zwölfjährigen Erfahrung mit der Nazi-Diktatur in Deutschland beschäftigt aber gerade in der BRD viele Menschen die Frage: Wie kann es vor dem Hintergrund dieser Geschichte zu einem Erstarken der Republikaner kommen?

Betrachten wir zunächst einmal die Gründe für Entstehung und Entwicklung der Nazis. Seit der Revolution von 1918/19 hatte die Führung von SPD und KPD mehrere Chancen vertan, die Gesellschaft auf Grundlage von Verstaatlichung und demokratisch kontrollierter Planwirtschaft zu organisieren.

Rolle der Nazis

1919 war die NSDAP (unter anderem Namen) gegründet worden. Zunächst war sie nichts anderes als eine nationalistische Sekte. Bis Ende der 20er Jahre durchlief sie eine unabhängige Entwicklung ohne großartige Förderung der Kapitalisten als Klasse, die erst noch andere Mittel zur Lösung ihrer Krise ausprobierten, z.B. die Präsidialdiktaturen unter Brüning und Schleicher, wo das Parlament zwar pro forma noch existierte, aber keine Entscheidungsbefugnisse mehr hatte.

1929 wurde das kapitalistische System von einer tiefen Krise geschüttelt. In dieser Situation sah das Kapital als einzige Lösung den Faschismus. Er ist so ein Phänomen des Niedergangs des Kapitalismus. Seine Hauptaufgabe besteht in der Zerschlagung der unabhängigen Organisationen der Arbeiterklasse. Leo Trotzki, der in den 30er Jahren wegweisende Schriften zum Thema Faschismus verfaßte, schrieb 1932:

„Der Faschismus ist nicht einfach ein System von Repressionen, Gewalttaten, Polizeiterror. Der Faschismus ist ein



Republikaner Andres: Die Forderung nach „mehr Recht und Ordnung“ soll durch eine starke Polizei durchgesetzt werden.

bürgertum, vor allem auf Bauern, kleine Gewerbetreibende und freie Handwerker. Außerdem fand er eine Basis vor allem bei denjenigen, die früher selbständig waren und durch die Entwicklung des Kapitalismus ihre Existenzgrundlage verloren hatten und ins Lumpenproletariat abgestürzt waren.

„Das rasche Wachstum des deutschen Kapitalismus vor dem Kriege bedeutete bei weitem nicht die einfache Aufhebung der Mittelklassen; während er einzelne Schichten des Kleinbürgertums zugrunde richtete, schuf er wieder neue: Handwerker und Krämer um die

listen. Über Jahre hinweg orientierten sie sich an SPD und KPD. Daß dieselben Schichten nur wenige Jahre später Hoffnungen in die Nazis hatten, ist die Folge der verpaßten Chancen, den Kapitalismus zu stürzen.

Programmatisch hatte die NSDAP nichts zu bieten. Sie versprach allen alles, benutzte aber sehr geschickt eine soziale Demagogie, mit der sie das frustrierte Kleinbürgertum und rückständige Teile der Arbeiterklasse gewinnen konnte. So bot sie sich der herrschenden Klasse als das geeignete Instrument zur Spaltung und dann Zerschlagung der organisierten Arbeiterklasse an. Und nur deshalb wurde Hitlers Partei zur Macht verholfen, nicht etwa um das Parteiprogramm umzusetzen.

Kräfteverhältnis heute

Im Vergleich zu den 30er Jahren hat sich das Kräfteverhältnis in der Gesellschaft geändert. Der während des Nachkriegsaufschwungs einsetzende Konzentrationsprozeß des Kapitals führte zur Verwandlung vieler Angehöriger des alten Kleinbürgertums in Lohnabhängige. So sind heute in der BRD 87% der Bevölkerung lohnabhängig, nur noch ca. 10% dem Kleinbürgertum zuzurechnen.

Damit haben sich die Bedingungen für eine faschistische Massenbewegung grundlegend geändert. Das bedeutet jedoch nicht, daß die Faschisten heute keine Gefahr darstellen oder nicht zu einer politischen Kraft werden könnten. Denn trotz der Tendenz der Proletarisierung hat sich teilweise noch kleinbürgerliches Bewußtsein erhalten, trotzdem bestehen noch vielfältige Spaltungen innerhalb der Arbeiterklasse, z.B. in Arbeiter und Angestellte, ausländische und deutsche Kollegen.

Erstarken neofaschistischer Tendenzen

Das erste Erstarken neofaschistischer Tendenzen nach dem 2. Weltkrieg sahen wir Ende der 60er Jahre

Sie würde weder die nötige Massenbasis in der Bevölkerung finden, noch würde ihr die Bourgeoisie die nötige Unterstützung gewähren, denn diese hat sich mit Hitler einmal die Finger verbrannt und wird in Zukunft vorsichtiger sein.

Sie sollen heute die Spaltung der Arbeiterklasse herbeiführen bzw. vertiefen, hier vor allem die Spaltung zwischen deutschen und ausländischen Kollegen. Die andere Aufgabe ist, die Regierungspolitik nach rechts zu drücken. Im Frankfurter Kommunalwahlkampf sah man in der rassistischen CDU-Propaganda ein gutes Beispiel dafür: der staatliche Rassismus soll erweitert werden.

Wählerschaft setzt sich zum Teil aus klassischen Kleinbürgern, aber auch Langzeitarbeitslosen oder enttäuschten Arbeitern zusammen. Schönhubers Leute verstehen es, die bestehende Unzufriedenheit aufzugreifen, indem sie in ihrer Propaganda immer wieder geschickt die Probleme des „kleinen Mannes“ aufgreifen: Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Bauernsterben usw. Daß heute aber eine Partei wie die Reps überhaupt wieder stark werden kann, ist ein deutliches Zeichen für die Krise der kapitalistischen Gesellschaft.

Es ist aber auch ein Zeichen für die Schwäche der SPD. Die Politik der Parteiführung zeigt kaum Alternati-



Die heutige Aufgabe der Republikaner ist es, die Spaltung der Arbeiterklasse herbeizuführen oder zu vertiefen.

Republikaner

Ende November 1983 wurden die Reps in München-Oberföhring gegründet. Nach dem von Strauß eingefädelten Milliardenkredit an die DDR ging es frustrierten CSU-Dissidenten um den Aufbau einer „Anti-Strauß-Partei rechts von der Mitte“.

Das Programm der Republikaner ist nicht offen faschistisch. Das ist aber auch kein Wunder, auch die NSDAP hatte die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen und die Judenvernichtung nicht im Programm stehen. Auch sie versuchte immer wieder, sich auf den „Boden der Verfassung“ zu stellen.

Im Laufe der letzten Jahre traten immer mehr ehemalige NPD- oder DVU-Mitglieder den Republikanern bei, oder Ex-Mitglieder anderer neofaschistischer Gruppen. Diese Leute finden sich auf allen Ebenen des Funktionärskörpers der Partei wieder. Aber, um es hier noch einmal zu betonen, nicht, was im Programm steht oder welche Leute Mitglied sind macht den faschistischen Charakter einer Partei aus, sondern einzig und allein ihre Funktion als Spaltungs-, Schwächungs- oder Zerstörungsinstrument der Arbeiterklasse. Die Republikaner sind von der Tendenz und von der Rolle her, die sie augenblicklich in der Gesellschaft spielen, faschistisch. Allerdings muß man derartige Entwicklungen sehr genau beobachten. Diese Tendenz könnte sich wieder ändern, z.B. könnte eventuell sogar durch Abspaltungen von den Reps einer anderen Gruppierung oder Partei die führende Rolle als Spalter fallen.

Die soziale Basis der Reps ist vielschichtiger als die der Nazis. Ihre

ven zur Politik der Regierungskoalition auf, sondern arbeitet teilweise sogar mit dieser zusammen (z.B. beim Rentenkompromiß). Das Potential der Unzufriedenen wandte sich so nach rechts.

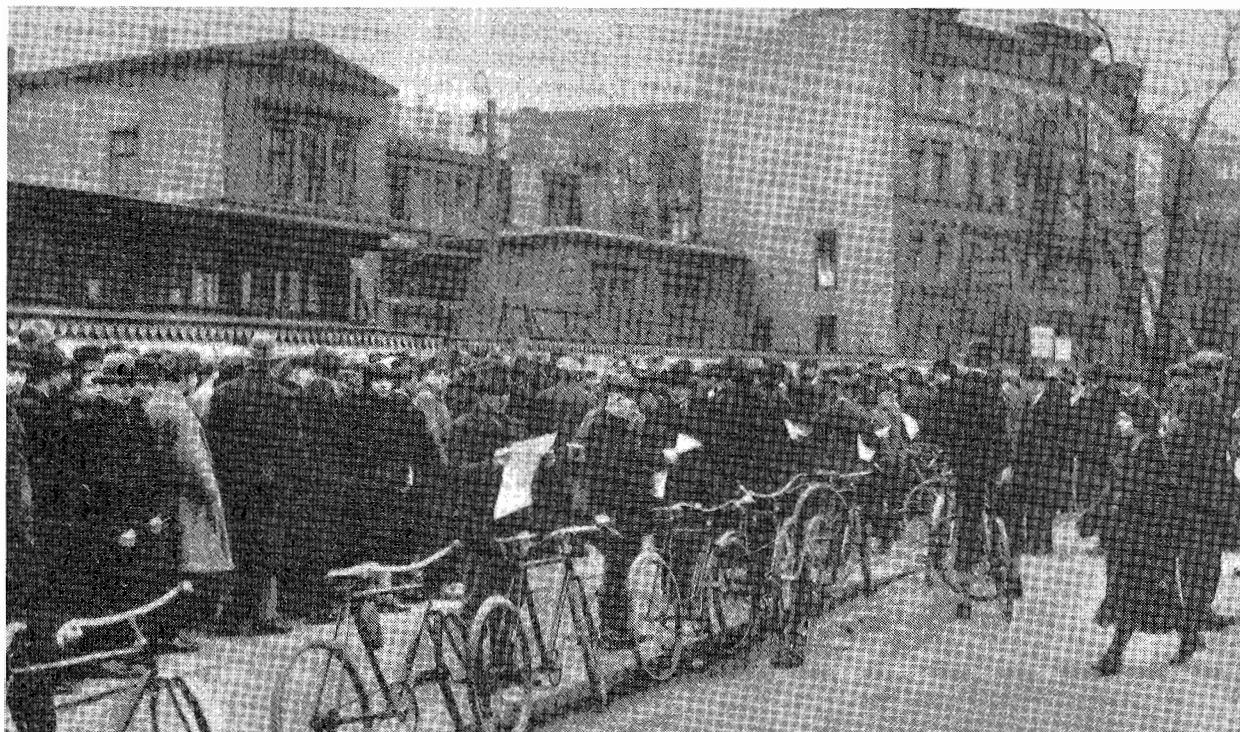
Um den Einfluß der Republikaner zurückzudrängen muß die Parteiführung den Kampf gegen die Angriffe der Bundesregierung auf Lebensstandard und Rechte der arbeitenden Bevölkerung aufnehmen. Gleichzeitig müssen wir über SPD und Gewerkschaften eine offensive Kampagne gegen die Propaganda der Republikaner führen und so ihren Spaltungsversuchen die Einheit der Arbeiterklasse entgegenzusetzen.

Die Machtergreifung der Faschisten ist heute zwar ausgeschlossen, aber wenn wir es in den nächsten 10-20 Jahren nicht schaffen, die große Mehrheit der Lohnabhängigen für die Entmachtung des Kapitals und eine demokratische Planwirtschaft zu mobilisieren, können die Kapitalisten sich bei zugespitzter Krise auch in Westeuropa gezwungen sehen, die parlamentarische Demokratie durch eine Militär- und Polizeidiktatur zu ersetzen.

Sascha Stanicic, Aachen
Jungsozialist

Literaturhinweise:

Leo Trotzki: „Was ist Faschismus?“ (aus einem Brief, 1931); „Soll der Faschismus wirklich siegen? Deutschland - der Schlüssel zur internationalen Lage“ (1931); „Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats“ (1932); „Der einzige Weg“ (1932); „Der deutsche Bonapartismus“ (1932); „Gespräch mit einem sozialdemokratischen Arbeiter“ (1933); „Portrait des Nationalsozialismus“ (1933); „Bonapartismus und Faschismus“ (1934). Enthalten in: Leo Trotzki, Schriften über Deutschland. Hrsg. H. Dahmer, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main, 1971.



Deutschland 1932: Massenarbeitslosigkeit, Hunger und Elend führten dazu, daß sich viele ruinierte Kleinbürger den Nazis anschlossen.

besonderes Staatssystem, begründet auf der Ausrottung aller Elemente proletarischer Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft. Die Aufgabe des Faschismus besteht nicht allein in der Zerschlagung der proletarischen Avantgarde, sondern auch darin, die ganze Klasse im Zustand der erzwungenen Zersplitterung zu halten. Dazu ist die physische Ausrottung der revolutionärsten Arbeiterschicht ungenügend. Es heißt, alle selbständigen und freiwilligen Organisationen zu zertrümmern, alle Stützpunkte des Proletariats zu zerstören ...“ (aus: „Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats“)

Massenbewegung

Um diese Aufgabe zu erfüllen war eine Massenbewegung nötig, die ihrerseits Menschenmassen gegen die Arbeiterklasse in Bewegung bringt. Der Faschismus stützte sich auf das Klein-

großen Betriebe herum, Techniker und Angestellte in den Betrieben.“

„Aber während sie sich zahlenmäßig hielten - das alte und das neue Kleinbürgertum umfaßt nicht viel weniger als die Hälfte des deutschen Volkes - büßten die Mittelklassen den letzten Schatten von Selbständigkeit ein; sie lebten am Rande der Schwerindustrie und des Bankensystems, sie aßen die Brosamen vom Tisch der Kartelle, sie lebten von den geistigen Almosen ihrer alten Theoretiker und Politiker.“

(aus: Trotzki, „Portrait des Nationalsozialismus“, 1933)

Das Kleinbürgertum bildete damals noch ca. 40% der Bevölkerung und war besonders hart von Krise und Inflation getroffen. Dies führte zu einer Radikalisierung dieser Schichten. Während und nach der Novemberrevolution 1918 standen weite Teile des Kleinbürgertums auf Seiten der Sozial-

als Folge der ersten Nachkriegsrezession. In dieser Zeit befand sich die SPD in einer großen Koalition mit der CDU. So konnte die NPD sich als einzige radikale Alternative anbieten und zog in viele Landtage ein. Die Reformpolitik der folgenden sozialliberalen Koalition auf Bundesebene konnte den Faschisten damals aber den Wind aus den Segeln nehmen. Heute leben wir im 8. Aufschwungjahr nach der Rezession von 1982/83 und die Kohlregierung betreibt nichts als Reformabbau. Dies führte zu einer Polarisierung in der Gesellschaft, deren Produkt soziale Phänomene wie die Republikaner sind.

Der faschistische Charakter der Reps ergibt sich aus der Rolle, die sie heute spielen und aus der sozialen Dynamik ihrer Entwicklung. Heute ist nicht im entferntesten an eine faschistische Machtergreifung zu denken.

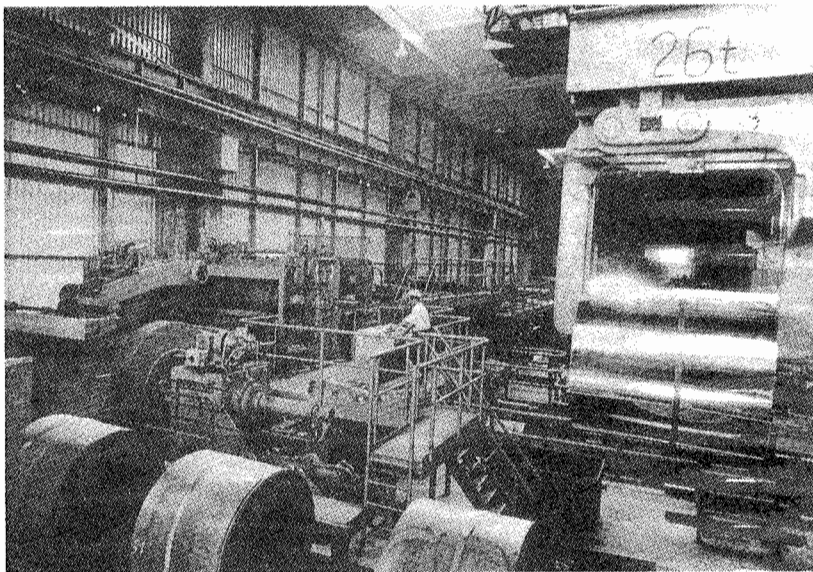
„Reformprojekt der 90er Jahre“ Der Staat als Retter aus der Not?

Seit 1983 hält der derzeitige Wirtschaftsaufschwung an. Dieser Aufschwung hat keine Probleme gelöst, aber viele Illusionen hervorgerufen oder gestärkt. Angesichts der Krise der bürokratisch gelenkten Planwirtschaften erscheint der Kapitalismus als das besser funktionierende System, zu dem es scheinbar keine Alternative gibt.

Dies widerspiegelt sich auch in dem letzten Thesenpapier der - nach eigenen Angaben marxistischen - Juso-Strömung „Hannoveraner Kreis“ (HK). Sie sehen die Aufgabe der Linken in den 90er Jahren darin, „die neokonservative Hegemonie (Vorherrschaft - die Red.) zu brechen und die Bedingungen für eine Wende nach links zu schaffen. Dazu notwendig ist ein Reformprojekt, das noch unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus wissenschaftlich-technischen in sozialen Fortschritt umsetzt, die Arbeits- und Lebensbedingungen verbessert und den globalen Bedrohungen begegnet.“ Ermöglicht wird dies ihrer Meinung nach durch die Entwicklung der Produktivkräfte, die sie für den Zeitraum seit den 50er Jahren einen neuen Namen „wissenschaftlich-technische Revolution“ (WTR) und offensichtlich auch eine neue Qualität geben. Diese besteht darin, daß die WTR einen von den Möglichkeiten her „neuen, umwelt- und sozialverträglichen Produktivkrafttyp“ hervorgebracht hat.

Entwicklungsmöglichkeiten im Kapitalismus

Weshalb hat dann in den 80er Jahren die Umweltzerstörung immer dramatischere Ausmaße angenommen?



Die Investitionen in neue Technologien verursachen hohe Kosten und lohnen sich erst richtig, wenn sie Tag und Nacht laufen, und das 7 Tage in der Woche.

Wieso ist die Gesellschaft der entwickelten kapitalistischen Länder durch enorme Steigerung des Reichtums weniger Menschen einerseits und Langzeitarbeitslosigkeit und Armut von immer mehr Menschen andererseits gekennzeichnet? Das liegt nach Auffassung des HK daran, daß die neuen Anforderungen der WTR den Kapitalismus in eine „tiefgreifende Regulierungs- und Innovationskrise“ gestürzt haben.

Eine solche „Anpassungskrise“, in der wir uns heute befinden, ist nichts neues in der Geschichte des Kapitalismus. Vergleichbares geschah in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts mit den neuen Entwicklungen in der Automobil- und der Elektroindustrie. Auch hier geriet die Entwicklung der Produktivkräfte in Konflikt mit gesellschaftlichen Grenzen: dem Privateigentum an Produktionsmitteln (z.B. Fabriken) und den Nationalstaaten (wegen der Konkurrenz untereinander).

Die Folgen waren keineswegs ein langer Aufschwung mit großen Verbesserungen für die Arbeiter, sondern die große Depression, große Verschlechterungen der Lage der Arbeiter, die zu revolutionären Situationen in vielen Ländern führten, und letzten Endes der Zweite Weltkrieg.

Der Kapitalismus ist nicht mehr in

der Lage, die Produktivkräfte weiterzuentwickeln. Das bedeutet nicht einen absoluten Stillstand. Es gibt weiterhin technische Neuerungen, ja sogar aufblühende Branchen. Aber insgesamt ist der Kapitalismus nicht mehr in der Lage, die Erkenntnisse aus Wissenschaft und Technik gesamtgesellschaftlich nutzbringend anzuwenden. Selbst im Aufschwung gibt es Massenarbeitslosigkeit und liegen Produktivkräfte brach. Monopolisierung und begrenzte Absatzmärkte führen nicht selten zum bewußten Zurückhalten technischer Erfindungen und Patente (solange es die Konkurrenzsituation erlaubt).

Die Produktivkräfte werden nur dann weiterentwickelt, wenn der aus dem Mehrwert entstandene Profit zurückinvestiert wird. Doch in der Entwicklung des Kapitalismus ist heute eine Stufe erreicht, wo dies in zunehmendem Maße nicht mehr der Fall ist.

Es gibt auch in den Industrieländern keine allgemeine Steigerung des Lebensstandards mehr, sondern bestenfalls Stagnation oder Steigerung des Wohlstandes eines Teils der Bevölkerung auf Kosten eines anderen. Die Wachstumsraten im Aufschwung entsprechen denen in Konjunkturtiefs früherer Zeiten. Alle grundlegenden Widersprüche treten auf höherem Ni-

veau wieder hervor und haben sich mit der zweiten internationalen Rezession 1980/82 noch verschärft. Und der Einbruch der dritten, tiefsten Nachkriegsrezession ist unausweichlich.

Klassenstaat

Das wird auch ein „Fortschrittsblock aus Arbeit, Wissenschaft und Kultur“, der die „Klassenlandschaft 2000“ bestimmt, „den kapitalistischen Staat in seiner Rolle als Sozial- und Infrastrukturstaat stärkt“, ihm eine „Pionierrolle bei den zentralen Zukunft- und Investitionsaufgaben“ zuweist (These Nr. 42) nicht ändern. Und das aus zwei Gründen.

1.) Auch die klassenspezifische Konzeption des „Fortschrittsblocks“ ist keine Lösung, da sie die besondere Rolle der Arbeiterklasse unberücksichtigt läßt und ihr nur die Funktion der Hilfruppe zuweist. Der grundlegende Charakter des Staates besteht nämlich darin, die Macht der herrschenden Klasse zu sichern. Dazu dient ihr der Staatsapparat, d.h. in letzter Instanz Polizei, Armee, Justiz.

Das trifft auch auf die parlamentarische Demokratie der BRD zu. Nur ein kleiner Teil des Staates, und bei weitem nicht der entscheidende, wird durch die Mehrheit der Bevölkerung bestimmt. Und auch das Parlament und die Regierung sind durch gesetzli-

che Mechanismen vor einer umfassenden Kontrolle geschützt (alle 4 Jahre ein Kreuzchen hinter Kandidaten, die von Parteien ausgewählt werden, kein Einfluß auf einzelne Sachentscheidungen usw.). Kontrollierbar ist die Volksvertretung und der Apparat vor allem für Flick und Konsorten, also durch das Kapital kraft seiner ökonomischen Macht.

Dies bedeutet nicht, daß es gleichgültig ist, welche Regierung an der Macht ist und welche Vertreter im Parlament sitzen. Anzustreben ist, konsequente Vertreter von Arbeiterinteressen zu wählen und eine Mehrheit für sozialistische Politik und eine Regierung auf dieser Grundlage zu erreichen. Doch auf eines muß man vorbereitet sein: Sollten die arbeitenden Massen tatsächlich die „Freiheit“ besitzen und eine Regierung wählen, welche sich mit dem Kapital anlegt, so wird die herrschende Klasse mit Hilfe des Staatsapparates versuchen, die Notbremse zu ziehen und Armee und Polizei einzusetzen, um die gewählte Regierung zu stürzen. Davor kann nur gleichzeitige außerparlamentarische Mobilisierung der Massen schützen.

Daß der Staat in der BRD seine Machtmittel bisher sehr begrenzt eingesetzt hat, sollte uns nicht zu der Illusion verleiten, daß dies immer so sein muß.

2.) Aus dieser Rolle des Staates wird auch klar, wie es mit der Erfüllung der „Pionierrolle bei den zentralen Zukunfts- und Investitionsaufgaben“ (d.h. Einflußnahme durch Investitionslenkung) aussieht. Entscheidend für die Investitionsentscheidungen der Unternehmer ist ihre Profiterwartung. Daß sich dieses Grundinteresse der Kapitalisten mit dem der Allgemeinheit deckt, ist ein seltener Sonderfall.

Investitionslenkung

Nehmen wir doch mal das Beispiel der „Neuen Technologien“. Schon jetzt bedarf es massiver Unterstützung von Seiten des Staates, um überhaupt Unternehmen zu veranlassen, in diesem Bereich zu investieren. Denn sie sehen, daß Umstellung auf computergesteuerte Produktion eine teure Angelegenheit ist. Sie lohnt nur dann, wenn sie einerseits zur Rationalisie-

Zivildienstleistende

Lückenbüßer zum Dumpingpreis

Immer mehr ZDL'er (Zivildienstleistende) werden eingesetzt, speziell bei den großen Trägern (AWO, ASB, Kirche, Krankenhäuser), und verdrängen somit die ausgebildeten Fachkräfte von ihren Arbeitsplätzen.

Auf der einen Seite werden Milliarden z.B. für Rüstung ausgegeben (Jäger 90 soll ca. 90 Milliarden DM kosten), und im sozialen Bereich sparen der Staat und die privaten Kostenträger auf Kosten der Kranken und Alten, nicht zuletzt auch des Personals, Mittel dadurch ein, daß sie ZDL'er einsetzen.

Der Pflegenotstand ist schon lange kein Geheimnis mehr und fällt genau in diesen Bereich. Anstatt die ZDL'er in Bereichen einzusetzen, in denen sie das Personal unterstützen, werden sie anstelle des Personals eingesetzt. Hauptsächlich setzt man sie in personalintensiven Bereichen (Pflege und Betreuung) ein, da man durch ihren Einsatz massiv Personalkosten sparen kann.

Doch diese Personalverschiebung macht es notwendig, daß die ZDL'er die gleichen Aufgaben übernehmen müssen wie das ausgebildete Fachpersonal. Speziell in Pflege und Betreuung unterscheiden sich diese Aufgaben kaum. Das, was ich während meines Dienstes in einem Altenheim an Erfahrungen gemacht habe, hat mir bewußt gemacht, wie gewissenlos die verantwortlichen Kostenträger handeln. So ist z.B. das Personal aufgrund der schlechten Personalsituation gezwungen, Aufgaben im medizinischen Bereich an Zivis zu übertragen, die eigentlich eine fachliche Ausbildung und nicht nur eine Anleitung erfordern. Das bedeutet eine Gefähr-

dung dient (d.h. Arbeitskräfte einspart) und wenn ein Markt da ist, der die produzierten Güter aufnimmt.

Es stellt sich heraus:

1) Die neuen Anlagen lohnen sich erst richtig, wenn sie Tag und Nacht laufen - und das 7 Tage in der Woche. Die Rolle des Staates hier ist jetzt, mit dafür zu sorgen, daß die Arbeitszeitregelungen diesem Bedürfnis der Unternehmen angepaßt werden - gegen die Interessen der Arbeiter.

2) Die Märkte sind begrenzt. Selbst im neuesten Bereich der Technologieentwicklung, der Herstellung von Microchips, Computern und Elektronik, laufen schon jetzt Handelskriege

tionsmittel sein, und auf dieser Grundlage erst ist eine effektive, menschen- und umweltfreundliche Planung der Produktion möglich.

Reformen

Die jüngste Geschichte fast aller europäischen kapitalistischen Länder zeigt: Selbst in Aufschwungsphasen des Kapitalismus waren Reformen für die Arbeiterklasse nur sehr begrenzt möglich, und sie wurden sofort zurückgenommen, wenn sich die wirtschaftliche Lage wieder verschlechterte. Die SPD-geführte Bundesregierung 1969-1982 durchlief die Phasen der Reformpolitik, des -stillstandes und schließ-



Der bürgerliche Staatsapparat - das heißt in letzter Instanz Polizei, Armee, Justiz - dient dazu, die Macht der herrschenden Klasse zu sichern.

zwischen den großen US-amerikanischen und japanischen Konzernen um Marktanteile. Hier hat der Staat die Aufgabe, durch protektionistische Maßnahmen die nationalen Märkte abzuschotten, um die einheimische Industrie vor der Konkurrenz von außen zu schützen. Zwar haben sich die technischen Möglichkeiten in den letzten Jahren enorm weiterentwickelt. Doch um zu einer Produktivkraft zu werden, reicht das nicht aus. Dazu müssen die neuen Technologien auch angewandt werden, um den gesellschaftlichen Reichtum zu vermehren. Und das ist unter den heutigen Bedingungen der kapitalistischen Produktion nicht der Fall.

Ein sinnvoller Einsatz der Möglichkeiten der neuen Technologien zum Wohle der Mehrheit der Bevölkerung ist nur dann möglich, wenn diese auch die Kontrolle über die Produktion hat. Dazu muß sie im Besitz der Produk-

tion des -abbaus, weil der Staat unter dem Druck des Kapitals dessen Bedürfnisse zu befriedigen hatte. Ähnliche Prozesse sahen wir in viel kürzerer Zeit in Frankreich, Spanien, Griechenland, Norwegen. Dieser Prozeß fand überall statt, wo Arbeiterparteien an die Regierung kamen und den bürgerlichen Staat für Sozialreformen gebrauchen wollten.

Der jetzt noch anhaltende, lange, aber schwache Aufschwung hat die „Reformbereitschaft“ der Kapitalisten und ihrer Regierungen nicht gesteigert, sondern hat im Gegenteil zu Reformabbau geführt. In dieser Situation Hoffnungen in den bürgerlichen Staat zu setzen ist illusorisch. Die dringend erforderlichen gesellschaftlichen Veränderungen können nur durch eine Mobilisierung der Arbeiterklasse erreicht werden.

Dieter Janssen, Stuttgart
Jungsozialist

le gleichzustellen sowie alle militärischen Vorschriften für sie abzuschaffen.

Weitergehend brauchen wir das Recht auf gewerkschaftliche und politische Betätigung sowie passives und aktives Wahlrecht bei der Betriebsratswahl. Bedingung dafür ist die Öffnung der Gewerkschaften für ZDL'er und eine volle Lohnfortzahlung bzw. ein Mindestsold von 1500,- DM sowie Unterhaltssicherung.

Markus Schramm, Kassel
Jungsozialist



Durch den Einsatz von Zivildienstleistenden anstelle von ausgebildeten Fachkräften werden massiv Personalkosten eingespart.

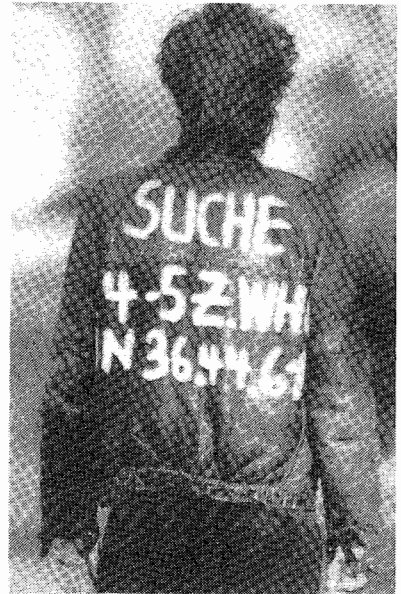
Wohnungsnot Alles Absicht!

Für wie dumm hält uns die CDU/FDP-Regierung eigentlich? Ende 1988 hatte Wohnungs(ab)bauminister Schneider im Fernsehen noch erklärt: „Die Wohnungssituation in der Bundesrepublik ist ausgezeichnet.“ Jetzt, ein halbes Jahr später, nach massiven Wahlverlusten in Berlin, Frankfurt und bei der Europawahl verkündet die gleiche Bundesregierung mit viel Propaganda und Pressewirbel, 1,6 Mrd. DM bereitzustellen, „um die Engpässe auf dem Wohnungsmarkt zu beseitigen“.

Aber genau so wenig wie man mit diesem Geld die Wohnungsnot in der Bundesrepublik beseitigen kann, genauso wenig lassen wir uns für dumm verkaufen! Jeder, der in letzter Zeit auf Wohnungssuche war, kennt die Lage: Er weiß, wie schwierig es ist, eine Wohnung zu finden. Das Wort „Engpässe“ ist für die meisten von uns ein Schlag ins Gesicht.

Hier ein paar Hintergründe über die tatsächlichen Zustände auf dem Wohnungsmarkt in der BRD: Es gibt zur Zeit 27 Mio. Haushalte, aber laut Volkszählung 1987 nur 26,3 Mio. Wohnungen (darunter Zigttausende Bruchbuden). Da sich die Zahl der Haushalte jedoch noch laufend erhöht (bis 1995 um ca. 800.000), verschärft sich auch die Wohnungsnot dramatisch.

Damit nicht genug. Während Jahr für Jahr 130.000 Mietwohnungen durch Abbruch, Zusammenlegung



Die Regierungskoalition hat den Wohnungsbau auf Rekord-Tiefstand gebracht.

oder Umwandlung in Eigentumswohnungen verlorengehen, wurden im Jahr 1987 ganze 51.500 Mietwohnungen neu gebaut (1982: 148.000 neue Mietwohnungen). Damit ist seit der Wende die Zahl der jährlich neugebauten Wohnungen um 2/3 geschrumpft.

Höhere Mieten

Alles Zufall? Nein, das alles war erklärte Absicht der CDU/FDP bei Regierungsantritt. Der Wohnraum sollte knapper werden, damit die Mieten sich erhöhten. Originalzitat Oskar Schneider: „Weniger Mieterschutz und höhere Mieten schaffen mehr neue Mietwohnungen.“ Eigentlich erfüllt die CDU ihre Versprechungen ja nie; während es als Ergebnis keine neuen Wohnungen, sondern saftige Profite für die großen Vermieter und Spekulanten gab, hat sich aber der erste Teil des Versprechens bewährt: Die Mieterrechte wurden deutlich verschlechtert (z.B. durch Zeitmietverträge und das jüngste Gerichtsurteil über die Möglichkeit für Vermieter, wegen Eigenbedarf zu kündigen, ohne dies nachweisen zu müssen). Und die Mieten sind drastisch gestiegen (z.B. durch Tricks wie Staffelmieten): Seit 1982 um 18,9%, bei Altbauwohnungen sogar um 23%! Daß die Löhne nicht entsprechend folgten, weiß jeder.

Es ist klar, daß auch die relativ billigen Mieten im sozialen Wohnungsbau der CDU/FDP nicht in den Kram paßten. Deshalb wurde '85 die Förderung des sozialen Wohnungsbaus von der Bundesregierung vollständig eingestellt. Das reichte aber noch nicht: Für 3,4 Mio. Wohnungen in der Bundesrepublik wird sich ab 1. Januar 1990 etwas Entscheidendes ändern: Den gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen wird die Gemeinnützigkeit entzogen und damit deren Bindung an das Prinzip der Kostenmiete. Folge (laut HBV-Zeitung 10/88): „Mieter in

rund 1,5 Mio. Wohnungen müssen in den nächsten Jahren mit durchschnittlichen Mieterhöhungen von 80 Pfennig pro Quadratmeter rechnen, und zwar nach zurückhaltenden Schätzungen. Zusätzlich ist zu erwarten, daß mehrere hunderttausende ... Mietwohnungen ... verkauft werden.“

Wer profitiert?

Wenn man diese ganzen Fakten kennt, oder bei der Wohnungssuche am eigenen Leib erfahren hat, erscheint das Versprechen der neuen Bauministerin Hasselfeld, im Jahr 1990 100.000 Sozialwohnungen zu bauen, wirklich lächerlich. Doch wer profitiert eigentlich von den Mietstei-

gerungen und der von der CDU/FDP geschaffenen Wohnungsnot? Natürlich alle, die am Bau verdienen (und gerne noch mehr verdienen würden):

- Die Grundstückbesitzer, deren „Kapital“, also die Wohngrundstücke sich seit 1950 um das 42fache verteuert haben - Milliarden Gewinne, ohne daß sie einen Finger krumm machen mußten;
- die Immobilienmakler;
- die privaten Wohnungsbauunternehmen, die aus Profitinteresse eher Luxuswohnungen bauen als Wohnungen für die breite Masse;
- die Baufirmen, die natürlich auch ihre Gewinnspanne haben.

- die Banken und Versicherungen, die sich an den Zinsen für Baudarlehen eine goldene Nase verdienen (Die heutigen Mieten bestehen zu 75% aus Kosten für Kapitalverzinsung!);
- die Wohnungsmakler, die ihren Wucher soweit treiben, daß sie bis zu 3 Monatsmieten Provision verlangen.

Für diese Herren hat die CDU/FDP ihre Wohnungs(ab)baupolitik betrieben. Sie alle reiben sich die Hände, weil ihre Profite noch weiter gestiegen sind. Dagegen ist unser Anspruch

Am Kurfürstendamm. 110 m² Dachgeschosswohnung, Terrasse, zuzüglich Hobbyraum, Fahrstuhl, Warmmiete 2100,- DM. Übernahme von Einbauten 25.000,- DM VB. Sonntagsruf 11-13. ABF Immobilien GmbH, ...

4-Zi.-Dachterrassen-Wgh., offener Kamin 150 m² Wfl. + 150 m² Terr., am Engl. Garten TG. 4500 + NK, Imm. Sagmeister ...

Marienburg, in hochwertig renovierter, denkmalgeschützter Villa 80-m²-Wohnung ab 1. April zu vermieten, 19,- /m², Köln ...

Außergewöhnliche Maisonettewohnung

für Anspruchsvolle und Romantische DM 3500,- + NK + Kautions + Provision. Nähere Angaben über ...

Wer genug Geld hat, findet auch eine Wohnung.

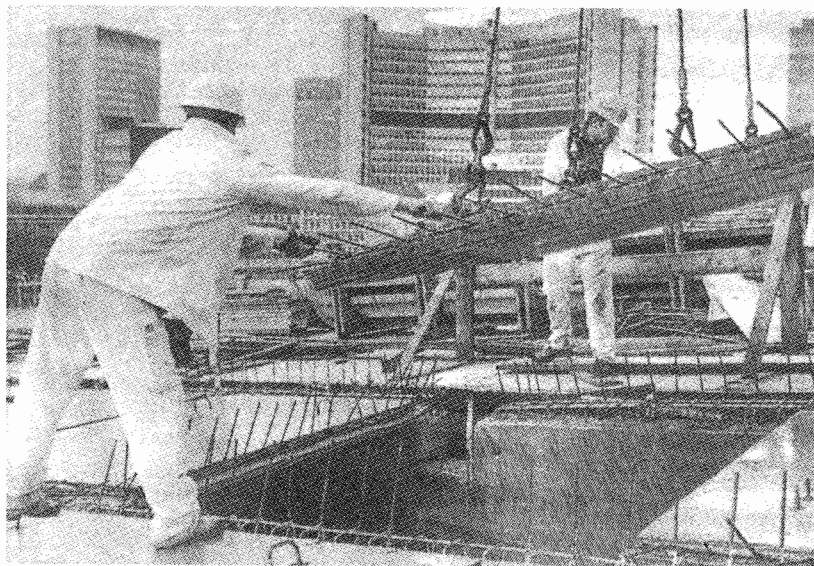
auf menschenwürdiges, bezahlbares Wohnen unvereinbar mit den Interessen dieser Kapitalisten und ihrer Handlanger, der konservativen Regierung. Da hilft nur eins:

Zuerst einmal brauchen wir eine andere, eine SPD-Regierung mit einer sozialistischen Wohnungsbaupolitik: Ein massives staatliches Wohnungsbauprogramm, bis die Wohnungsnot beseitigt ist, muß durchgeführt werden. Und alle Gesetze, die eine Verschlechterung für die Mieter bedeuten, müssen sofort weg! Die Warmmiete darf nicht mehr als 20% des Nettoeinkommens betragen.

Dafür zahlen sollen die, die an der Wohnungsnot reich und reicher geworden sind: die Banken, Versicherungen und Spekulanten. Sie müssen verstaatlicht werden, denn es gilt die Ursachen der Wohnungsnot, die im kapitalistischen Profitsystem liegen, zu beseitigen.

Grundsätzlich darf der Wohnungsbau nicht weiter dem „freien“ Markt überlassen bleiben, sondern muß vollständig in die öffentliche Hand überführt werden und unter gesellschaftliche Kontrolle gestellt werden.

Maria Kümmel, Aachen
Jungsozialistin



Wir brauchen ein massives staatliches Wohnungsbauprogramm, bis die Wohnungsnot beseitigt ist.

Hamburg

Schulstreik für mehr Rechte und Neueinstellungen

Gut eine Woche vor den Sommerferien kursierte unter den Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums Sinstorf in Hamburg-Harburg das Gerücht, daß einer der beliebtesten Lehrer aufgrund eines von der Schulbehörde erfaßten „Stundenüberhangs“ von der besagten Schule zu Beginn des nächsten Schuljahres abgezogen werden sollte.

Und es stimmte: Der Lehrer Dieter Siegel hatte drei Wochen vor Beginn der Ferien von seiner Versetzung erfahren und Widerspruch dagegen eingelegt. Ihn traf dieses Urteil der Schulbehörde hart, da er seit 16 Jahren an dieser Schule unterrichtete und sich über seine Unterrichtszeit hinaus in vielen Projekten für die Belange der Schülerinnen und Schüler eingesetzt hatte. Sicher, der Fall des Lehrers Dieter Siegel war nicht der erste dieser Art an unserer Schule. In den letzten 2 Jahren häuften sich das Abziehen von Lehrern. Nur diesmal hatte die Behörde Pech: Siegels Beliebtheit führte zu einer Welle des Protestes in der Schülerschaft.

Resolution

Spontan wurde in einer Vollversammlung eine Resolution verfaßt, in der das Bleiben des Lehrers gefordert wurde. Zudem wurde uns Schülern nun bewußt, wie sehr wir in der Entscheidung von Fragen, die uns unmittelbar betreffen, übergangen werden, trotz „Schülerverwaltung“. Aus diesem Bewußtsein heraus wurde in der Resolution eine Einbeziehung der Schüler in die ihre Schule betreffenden Entscheidungen gefordert.

Obwohl die Schulleitung mit allen Mitteln versuchte, die Protestbewegung zu stoppen, setzte sich in der letzten Schulwoche vor den Ferien ein Marsch von knapp 80 Schülern zur Schulbehörde in Bewegung, wo es mit der Durchführung einer Sitzblockade gelang, den Oberschulrat zu einem Gespräch mit dem Schülersprecherkollektiv zu „überreden“.

Hier wurde deutlich, daß für die Be-

hörde menschliche Argumente nicht von Bedeutung sind und daß sowieso nur ein Mangel an Lehrkräften verwaltet werden kann. Dagegen setzten wir die Forderung nach Neueinstellung von Lehrkräften. Doch mit dieser Forderung, so sprach der Oberschulburokrat, waren wir an der falschen Stelle. Eine Neueinstellung könnte nur der Senat durchführen.

Polizeidrohungen

Zur selben Zeit spitzte sich die Situation der auf dem Gang streikenden Schüler zu: Die Hausverwaltung der Behörde hatte die Polizei gerufen, die besonders die Jüngsten aus den fünften Klassen mit Drohungen traktierte. Als das Kollektiv dann das Zimmer des Oberschulrates verließ, wurde es von der Polizei mit „offenen Armen“ empfangen, die die Angabe der Personalien für den Fall einer Anzeige wegen Hausfriedensbruch forderte.

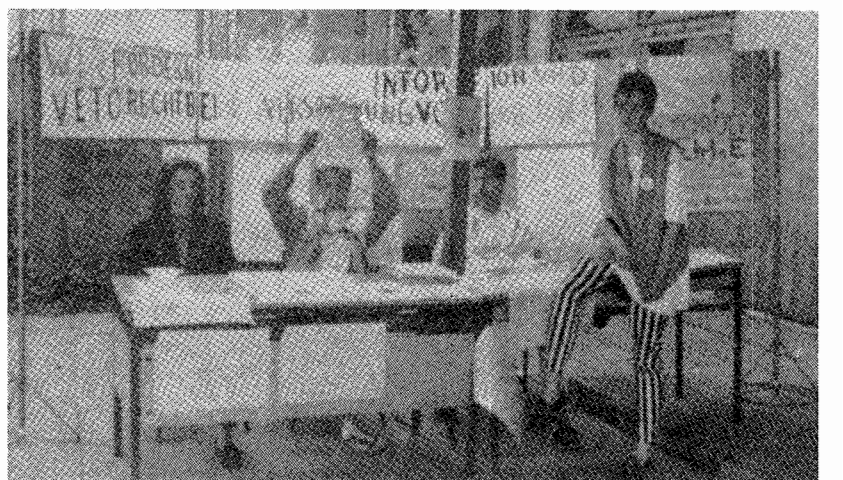
Nach dem Bericht über den fruchtlosen Ausgang des Gesprächs wurde den anwesenden Schülern ihre Machtlosigkeit dem mächtigen Verwaltungsapparat gegenüber nun umso mehr bewußt; die erste Reaktion darauf waren

Resignation, Wut und bittere Tränen. So wurde die Auflösung der Sitzblockade in der Schulbehörde beschlossen. Die einzige Möglichkeit für eine weitere Aktion an diesem Tag sahen wir in der Einschaltung von Lokalpresse und Rundfunk., die auch prompt berichteten und so zu unserem Sprachrohr wurde.

Damit war der Kampf allerdings keinesfalls beendet: Bis zu den Ferien sollte kein Unterricht mehr stattfinden. Wir unterstrichen unsere nun weitergehenden Forderungen nach Mitbestimmung und Lehrerneueinstellungen durch einen Schulstreik.

Nun hat die ganze Protestaktion in der Sache überhaupt nichts bewirkt. Dafür war sie viel zu klein und zu isoliert (auch aus dem Grunde, daß es ursprünglich ja „nur“ um die Solidaritätsbekundung für einen Lehrer ging). Gebracht hat die Aktion jedoch eine Bewußtwerdung der ungerechten Verhältnisse, in denen die Betroffenen leben; Verhältnisse, in denen nicht Menschen, sondern Statistiken und „Personalgeschäfte“ entscheiden.

Torge Löding, Hamburg
Jungsozialist und Schülersprecher



Die Schüler in Hamburg-Harburg forderten Mitbestimmung.

Hamburger Senat verkauft 10.000 Wohnungen

Ein Gutachten der Unternehmensberatungsgesellschaft Roland Berger & Partner ist der offizielle Anlaß für den verspäteten Sommerschlußverkauf von 4700 Wohnungen der Hamburger SAGA (stadteigene Wohnungsgemeinschaft). Schon im Januar und März dieses Jahres beschloß der SAGA-Aufsichtsrat einen Konsolidierungsplan, der den Verkauf von 4700 Wohnungen, Mieterhöhungen sowie Personalabbau beinhaltete.

Dieses Vorhaben wurde bis zum 4. August geheimgehalten. Die betroffenen Mieter haben erst aus der Hamburger Morgenpost erfahren, daß ihre Wohnungen verkauft werden sollen bzw. schon verkauft worden sind. Eine Versammlung von ca. 800 Mietern einige Tage danach drückte ihre Wut, Angst und blankes Entsetzen über den Verkauf als solchen und die Geheimnistuerei aus. Die Menschen hatten das Gefühl, verraten und verkauft zu sein.

Hinzu kommt aber auch das Wissen, daß die Ärmsten der Armen zur Kasse gebeten werden, weil Hamburg und die SAGA vor der Pleite stehen. Trotzdem waren 18 Mio. DM für das Hafengeburtstagspektakel aufzutreiben gewesen. Prestigeobjekte werden noch gebaut, und die Gewerbesteuer war dank des Drucks des FDP-Koalitionspartners auch gesenkt worden. Gleichzeitig lehnen Senat und Bund

es ab, für notwendige Reparaturen ihrer Häuser gerade zu stehen.

Nicht nur Mieter von Sozialwohnungen fragen jetzt, wie es weiter gehen soll. Die Stadt hat vor, über 10.000 stadteigene Wohnungen zu verkaufen. Dafür verspricht sie jetzt zwar, jährlich 3000 Wohnungen zu bauen. Aber letztes Jahr wurden nur 200 gebaut. Dabei fehlen jetzt schon 30-40.000 Wohnungen! Quadratmeterpreise von 12-14 DM für eine Altbauwohnung sind keine Seltenheit mehr.

Es gibt inzwischen über 60 Mieterinitiativen in Hamburg, überwiegend aus SAGA- und ehemaligen Neue-Heimat-Wohnungen. Der Verkauf von Sozialwohnungen wird energisch bekämpft. Auch SPD- und Juso-Mitglieder müssen sich jetzt für folgende Forderungen einsetzen:

- Verhinderung des geplanten Verkaufs stadteigener und ex-Neue-Heimat-Wohnungen;
- Steigerung der Förderung für Mietwohnungsbau;
- Keine Einführung der Fehlbelegungsabgabe, der die Mieter spalten und die Preise in die Höhe treiben wird;
- Bezuschussung der Sanierungs- und Reparaturarbeiten der SAGA durch Landes- und Bundesmittel.

Sue Powell, Hamburg
SPD-Mitglied

Vor 50 Jahren wurde durch den Hitler-Stalin-Pakt die Eine „Freundschaft“

Es sind nunmehr 50 Jahre seit den Ereignissen im Spätsommer 1939 vergangen, als das für viele Kommunisten, Sozialisten und klassenbewußte Arbeiter Unglaubliche geschah: Die „Führer“ des faschistischen Deutschland und der „sozialistischen“ Sowjetunion, Hitler und Stalin, schlossen einen Nichtangriffspakt. Einige Tage später folgte ein Freundschaftsvertrag. Damit öffneten sie den Vorhang für das größte Massenschlachten, das die Geschichte je gesehen hat – den Zweiten Weltkrieg.

Kriege entstehen nicht aus dem Größenwahn einzelner Regierungschefs. Sie sind Ausdruck der inneren Widersprüche eines Systems, so auch der Zweite Weltkrieg. Schon der erste Weltkrieg war ein Versuch gewesen, den Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den Grenzen des Nationalstaates zu lösen. Die enorme Menge von Waren, die in den einzelnen entwickelten Industrienationen produziert wurde, verlangte nach neuen Absatzmärkten. Außerdem war, um die Profite zu steigern, der Zugang zu den billigen Rohstoffquellen der Kolonialländer nötig.

Es war das Verhängnis der deutschen Industrie- und Finanzmagnaten, daß sie bei der Verteilung der Welt zu spät gekommen waren und ohne Expansion der Erststreckung drohte. Als aufstrebender, in Europa nunmehr stärkster kapitalistischer Staat wurden sie in ihrem Expansionsdrang eingeeignet: im Osten vom russischen Reich, im Westen vom niedergehenden französischen Kapitalismus und auf Weltebene durch das britische Empire. Das Kriegsende 1918 führte zunächst zum Zusammenbruch der Weltmachtbestrebungen der herrschenden Klasse in Deutschland. Doch die Angst vor dem eigenen Proletariat, das seinen revolutionären Willen in einer ganzen Serie von Streiks und Aufständen bewiesen hatte und über starke Organisationen verfügte, brachten Teile des Kapitals zu der zweifelhaften Entscheidung, auf Hitlers Banden zu setzen.

Die Zerschlagung der Arbeiterbewegung reichte jedoch nicht aus. Denn das Problem der wirtschaftlichen Ausdehnung konnte nur durch die Revision der Entscheidungen des Versailler Vertrages von 1919 gelöst werden. Die Initiative für die Neuaufteilung der Welt ging

ren. Riesige Aufrüstungsprogramme wurden aufgelegt, um die Weltmachtstellung zu behaupten und auszubauen. Die Marine sollte stärker sein als die beiden nächststärksten Flotten zusammen. 1941 wurde die Rüstungsproduktion um 200% gesteigert. In absoluten Zahlen lag sie jedoch mit 4,5 Mrd. Dollar noch hinter Deutschland (6,5 Mrd. Dollar) und der Sowjetunion (8,5 Mrd.



Die Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes löste Verwirrung und tiefe Bestürzung in der internationalen Arbeiterbewegung aus.

Dollar). Doch schon 2 Jahre später hatte sich die Situation grundlegend geändert: die US-Kriegsproduktion wurde weitere 733% hochgepuscht.

„Kampf für Demokratie“?

Während die Goebbel'sche Propagandamaschinerie die militärische Expansion durch die „nationale Ver-

völker. Die „Demokratie“ der USA nutzte den ganzen amerikanischen Kontinent als eigenen Besitz. Die riesigen Kriegslasten wurden den Kolonialvölkern aufgebürdet.

Außerdem zeigte sich gerade im Krieg, wie instabil demokratische Systeme sind. Sie waren das erste Opfer des Krieges. Der Krieg stärkte die reaktionärsten Institutionen und Gruppen in allen imperialistischen Ländern. Generalstäbe, Polizei, Geheimdienst, nationalistische, faschistische Banden und die offizielle Kirche wurden in den Dienst von Kriegslegitimationen und innerer Repression gestellt. Der Krieg wird so genutzt, um sich der inneren Gegner zu entledigen. Die Bourgeoisie handelt nach der Maxime: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land.“ Sie ist jederzeit bereit, unter dem verstärkten

äußeren und inneren Druck eines Krieges die bürgerlich-demokratischen Freiheiten und Prinzipien aufzugeben – und hat es getan. Trotzi warnte vor dem Ablenkungsversuch von Churchill, Roosevelt und ihren Vertretern z.B. in den Medien, die Ursachen des Krieges allein auf den deutschen Faschismus und letztlich auf die krankhafte Psyche Hitlers zu reduzieren:

„Die demokratischen Regierungen, die Hitler seinerzeit als einem Kreuzritter gegen den Bolschewismus jubelten, machen ihn jetzt zu einer Art Satan, unerwartet aus den Tiefen der Hölle losgelassen, der die Heiligkeit der Verträge, der Grenzen und aller Regeln verletzt. Gäbe es Hitler nicht, würde die kapitalistische Welt wie ein Garten blühen. Was für eine elende Lüge! Dieser deutsche Epileptiker mit einer Rechenmaschine in seinem Schädel und unbegrenzter Macht in seinen Händen ist nicht vom Himmel gefallen ...“

„Appeasement-Politik“

Großbritannien hatte lange Zeit das Aufkommen des Faschismus gegen den Bolschewismus, aber auch gegen die exzessiven Ansprüche Frankreichs unterstützt. Die britische Regierung versuchte sich zunächst durch Zugeständnisse zu Lasten anderer (Österreich, Tschechoslowakei) vom Krieg freizukaufen. Diese „Appeasement-Politik“, zuletzt fixiert im „Münchener Abkommen“, sollte eine „Ära des Friedens“ zwischen Chamberlain und Hitler sichern. Doch Hoffnungen, selbst wenn sie durch internationale Verträge abgesichert erscheinen, mußten vor den angestauten Widersprüchen des Weltmarktes zerplatzen.

Ein Sieg Deutschlands über die westeuropäischen Alliierten hätte das Kräfteverhältnis zuungunsten der USA verschoben. Deutschland im Bündnis mit Japan und dem gesamten europäischen Kontinent als logistische Basis und Ressourcenquelle – ein Schreckensbild, stark genug, um die USA zu veranlassen, Frankreich und Großbritannien, aber auch die UdSSR militärisch zu unterstützen. Die UdSSR erhielt über 13.000 Kampffahrzeuge, 2300 Geschütze, 500.000 LKW's und 15.000 Flugzeuge. Die innerimperialistischen Wider-

sprüche waren zeitweilig stärker als die zwischen dem Kapitalismus und der Planwirtschaft.

Probleme der Sowjetbürokratie

Die Sowjetbürokratie hatte grundlegend andere Probleme als die Herrschenden der imperialistischen Staaten. Zwar hatte sich die Sowjetrepublik nach der erfolgreichen sozialistischen Revolution und dem Sieg über die Interventionstruppen auf internationaler Ebene etabliert. Doch durch das Ausbleiben der Revolution in den entwickelten kapitalistischen Ländern blieb die UdSSR in ihrer wirtschaftlichen Rückständigkeit isoliert und damit auch außenpolitisch gefährdet und labil.

Am Vorabend des 2. Weltkrieges war sie jedoch gefährdeter denn je, obwohl sie in nur 2 Jahrzehnten ihrer Existenz zu einer Großmacht angewachsen war. Die Schwäche konnte nicht mehr allein der objektiven Lage zugeschrieben werden. Sie war Produkt der seit Mitte der 20er Jahre herrschenden Bürokratie, die sich wie ein schwerer Schleier auf alle Poren der Planwirtschaft legte und sie zu ersticken drohte. Mißwirtschaft, Korruption und Fehlplanung, Zentralisierung, Dezentralisierung und erneute Rezentralisierung führten zu starken wirtschaftlichen Hemmnissen und Effizienzverlusten. Eine Auswirkung war die Kollision – statt harmonischer, aufeinander abgestimmter Entwicklung – zwischen landwirtschaftlichem und industriellem Sektor. Allein die blinden Gewalt- und Zwangsmethoden der Kollektivierung hatten zur Folge, daß die Getreideernte von 835 Millionen Zentnern auf 700 Mio., Zucker von 1,8 Mio. Tonnen auf 0,7 Mio. zurückging. Die Zahl der Pferde sank um 55%, Hornvieh verminderte sich um 40%, Schweine um 55% und Schafe sogar um 66%. Die Agrarproduktion war um ein Jahrzehnt zurückgeworfen worden.

In der Folge starben 3,5 Mio. Menschen an Hunger und etwa die gleiche Zahl kam in den stalinistischen Strafslagern um. Darüberhinaus war die Verteilung der Güter zwar demokratischer und gerechter als unter dem Zaren organisiert, doch die herrschende Bürokratie verschlang einen großen Teil des Volkseinkommens. Sie stellte ca. 15-20% der Bevölkerung, verbrauchte aber die Hälfte des gesellschaftlichen Reichtums.

Doch trotz volkswirtschaftlicher Verschwendung und grausamer Repressalien durch die stalinistische Clique blieb die Planwirtschaft eine gewaltige Errungenschaft der russischen, aber auch der internationalen Arbeiterklasse.

Die Außenpolitik der SU

Die Außenpolitik ist die Fortsetzung der Innenpolitik und wird wie sie im Dienst der Interessen der jeweils herrschenden Klassen oder Schichten gemacht. Seitdem Stalin als Repräsentant der Bürokratie die Macht erobert hatte, war er darauf bedacht, sie zu erhalten und zu verteidigen. Soziale Unruhen, Streiks, Aufstände oder Revolutionen der Arbeiterklasse in anderen Ländern gefährdeten diese Macht.

Zum einen erinnerten sie die sowjetische Arbeiterklasse an die eigenen revolutionären Traditionen und an die Aufgabe, sich der über sie erhobenen parasitären Kaste zu entledigen. Wenn nur in einem entwickelten Land mit einer mächtigen Arbeiterklasse der Kapitalismus gestürzt und ein relativ demokratischer und gesunder Arbeiterstaat errichtet worden wäre, hätte das unmittelbar die Kremloligarchie infrage gestellt. Zum anderen störten Kämpfe der Arbeiterklasse die bestehenden Kräfteverhältnisse zwischen den Mächten und damit den Wunsch der sowjetischen Außenpolitik, den internationalen status quo (bestehenden Zustand) zu erhalten.

Diesen materiellen Interessen der sowjetischen Bürokratie entsprach die von Stalin im Herbst 1924 verkündete Theorie vom „Sozialismus in einem

Land“. Sie stellte eine grundlegende Abkehr von der leninistischen Politik dar, die noch in den ersten Jahren von der Komintern und der sowjetischen Diplomatie verfolgt worden war. Für Lenin und die anderen Sowjetführer war klar, daß die Verteidigung der Sowjetunion eine Teilaufgabe zur Erreichung der Weltrevolution war, diese Verteidigung wiederum entscheidend von der Ausbreitung der Revolution abhing. „Wir wußten damals: Unser Sieg wird nur dann ein Sieg sein, wenn unsere Sache in der ganzen Welt den Sieg davonträgt, denn wir hatten unser Werk ausschließlich in der Erwartung der Weltrevolution begonnen.“ (Lenin 1920)

Die entscheidende Waffe der Verteidigung war die internationale Arbeiterklasse, die schon im Bürgerkrieg ihren Beitrag zur Niederlage der Interventionstruppen geleistet hatte (z.B. den Rückzug der britischen Armee erzwingen).

Rolle der Diplomatie

Klar war jedoch auch, daß es, solange die Weltrevolution in den meisten Ländern noch nicht gesiegt hatte, zu dem notwendigen Handwerkszeug eines Arbeiterstaates gehörte, alle zwischenstaatlichen Instrumente wie Diplomatie oder Handel einzusetzen. Es handelte sich hierbei um einen aufzuzugewonnenen Rückzug und der Arbeiterstaat sollte während der Ebben des internationalen Klassenkampfes als „Truppensammelplatz der Weltrevolution“ dienen.

Einen permanenten Kriegszustand mit der kapitalistischen Welt vom Sowjetstaat zu fordern, ohne Wirtschafts- oder sonstige Abkommen, wäre ultralinkes Abenteuer gewesen. Aus dieser Defensivposition jedoch eine Politik unabhängig vom Niveau des Kampfes der internationalen Arbeiterbewegung zu machen und aus ihr gar eine Theorie auf lange Sicht zu entwickeln, hieß der Revolution den Dolch in Rücken zu stoßen. Genau dies war der Inhalt vom „Sozialismus in einem Land“ und der „friedlichen Koexistenz.“

Die Folge: Revolutionäre Situationen wurden, anfänglich durch politische Fehler, später jedoch durch bewußt gefällte Entscheidungen der Sowjetführung in einem halben Dutzend der wichtigsten Länder Europas und Asiens verpaßt: Der deutsche Oktober 1923, der Generalstreik in GB 1926, die



Der deutsche Angriff auf Polen am 1. September 1939 war der Beginn des 2. Weltkrieges.

ein zweites Mal von deutschem Boden aus. „Deutschland ist gegenwärtig keine Weltmacht“, aber „Deutschland wird wieder Weltmacht werden, oder es wird aufhören zu existieren.“ (Hitler)

Auch die italienischen Kapitalisten waren zu spät gekommen, und so hetzten die neuen Plünderer aus Deutschland und Italien die Völker in den Krieg gegen die alten wohlhabenden Kolonialreiche Großbritannien und Frankreich, deren Arbeiter die Quellen des Reichtums ihrer herrschenden Klasse zu verteidigen hatten.

Die stärkste imperialistische Macht waren die USA. Anders als Deutschland zu Beginn des Jahrhunderts oblag den USA die Aufgabe, nicht nur Europa, sondern die ganze Welt im Interesse des Kapitals zu „organisieren“. Zwei Drittel des Weltbestands an Gold befanden sich in amerikanischen Tresen-

einigung“, den „Gewinn von Lebensraum im Osten“ oder rassistische Parolen zu rechtfertigen suchte, ließen die anderen kriegführenden Mächte die Arbeiter für den heiligen Kreuzzug der Demokratie verbluten. „Großbritannien und die USA hatten für das universalistische Prinzip der Demokratie gekämpft, ein Prinzip, das es jedem Staat ermöglichen sollte, die Regierungsform zu wählen, unter der seine Angehörigen leben wollten“ (Zitat aus Diesterweg Schulbuch).

In Wirklichkeit kämpften die imperialistischen „demokratischen“ Staaten für die Verteidigung oder den Ausbau ihrer eigenen Privilegien und Einflusssphären und nicht um das Vaterland oder das bürgerlich-parlamentarische System zu verteidigen. England, Frankreich, Belgien und Holland stützten sich auf die Unterjochung der kolonialen



Die Bevölkerung der Sowjetunion hatte im 2.

chinesische Revolution 1925-27, die Krise in Deutschland 1930-33, die spanische Revolution 1931, der asturische Bergarbeiterstand 1934, der spanische Bürgerkrieg 1936/37 und der Generalstreik mit Fabrikbesetzungen in Frankreich 1936.

Die strategisch-politische Ausgangsposition des isolierten Sowjetrußland

Der Weg in den 2. Weltkrieg eröffnet - mit Blut besiegelt

ätte sich im Falle auch nur einer einzigen gelungenen sozialistischen Revolution grundlegend verbessert. Doch dies entsprach nicht den Interessen der stalinistischen Herrschaft.

Vernichtung der Opposition

Wirtschaftliche Ineffizienz einer Planwirtschaft ohne Arbeiterkontrolle und -verwaltung und das bewußte Ab-

Armee, Marschall Tuchatschewski, mit deutschen Offizieren gemeinsam einen Staatsstreich gegen Stalin vorbereite. So war der Vorwand für die folgende Liquidationswelle geschaffen.

Die Bürokratie arbeitete gründlich. Keine Armee hatte zuvor so viele höhere Kommandeure in Kriegszeiten verloren, wie die Rote Armee am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Alle führen-

angriffspakt löste Ungläubigkeit, Verwirrung und tiefe Bestürzung in der internationalen Arbeiterbewegung aus. Die stalinistische Bürokratie erhoffte sich durch den Vertrag, den Krieg und die daraus entstehende revolutionäre Gefahr verhindern und gleichzeitig Zeit für die militärische Stärkung gewinnen zu können. Eine Bündniskoalition mit Frankreich und Großbritannien gegen

planen und so die Produktivkräfte gezielt und schnell zu entwickeln. Doch die stalinistische Art der Umwälzung provozierte die Opposition der Bevölkerung. Das führte soweit, daß große Teile der ukrainischen Bevölkerung den Einmarsch der deutschen Armee als Befreiung begrüßten, bevor sie den wirklichen Charakter der Naziherrschaft erkannten.

Krieg, die Komintern, politisch zerstückelt, noch bevor sie 1943 formal aufgelöst wurde. Bis zuletzt glaubte Stalin an Hitlers Versprechungen und seine Vertragstreue. Zum 60. Geburtstag Stalins hatte Hitler ein Glückwunschtelegramm geschickt, in dem es hieß: „Die Freundschaft der Völker Deutschlands und der Sowjetunion, die mit Blut zementiert ist, hat alle Aussichten, eine feste und dauernde Freundschaft zu werden.“

Stalin schlug alle Warnungen seiner Geheimdienste, die den deutschen Angriff auf den 22. Juni 1941 korrekt datierten, in den Wind. Noch am Abend des 22. Juni, als deutsche Truppen bereits hunderte Kilometer in sowjetisches Territorium einmarschiert waren, widersetzte sich Stalin der Mobilisierung der Streitkräfte, was unter anderem dazu führte, daß die Flugzeuge nicht starteten und ein Großteil der Luftwaffe durch deutsches Bombardement noch auf dem Flughafen zerstört wurde.

Mit welchem Zynismus und welcher Verachtung Stalin die Arbeiterbewegung und ihren Kampf gegen den imperialistischen Krieg, der Machterhaltung der parasitären Kaste opferte, zeigt ein Trinkspruch, den er anlässlich der Feier über den erfolgreichen Paktabschluss am Abend des 23. August aussprach: „Ich weiß, wie sehr das deutsche Volk seinen Führer liebt, ich möchte deshalb auf seine Gesundheit trinken.“

Folgen

Im Verlauf des Massenschlachtens des 2. Weltkrieges starben 350.000 britische Soldaten und Zivilisten (0,7% der Bevölkerung), 290.000 US-Soldaten (0,2% der Bevölkerung) und 15-20 Millionen Menschen (7-10% der Bevölkerung) in der Sowjetunion!

Der 2. Weltkrieg nahm einen anderen Ausgang, als von den imperialistischen



Der unterzeichnete Pakt hielt Hitler keineswegs vom Einmarsch in die Sowjetunion ab. Stalin hatte bis zuletzt an Hitlers Vertragstreue geglaubt und sich der Mobilisierung der Streitkräfte widersetzt.

bremsen des weltrevolutionären Prozesses waren entscheidende, aber nicht die einzigen Beiträge, die die KPdSU zur Schwächung der Verteidigungskraft der Sowjetunion geleistet hat. Um die Herrschaft innerhalb des Landes abzusichern, wurde eine riesige Verichtungswelle oppositioneller Kräfte angeleitet. Die politische, militärische, diplomatische und wissenschaftliche Elite des Landes fiel ihr zum Opfer. Nach der Enthauptung von Partei- und Staatsapparat durch Internierung und Vernichtung hunderttausender Kommunisten, der Liquidierung der Mehrheit des Lenin'schen ZK wurden Militär und Diplomatie gesäubert. Die Rote Armee war die letzte Festung, die Stalin nicht gefährden können.

Die Marschälle der Roten Armee

den Militärwissenschaftler, drei von fünf Sowjetmarschällen, 13 von 19 kommandierenden Generälen, 110 von 135 Divisions- und Brigadekommandeuren, die Hälfte aller Regimentskommandeure und die meisten politischen Kommissare wurden hingerichtet.

Insgesamt wurden in den Jahren 1937 bis 1938 allein 40.000 Offiziere und zwischen September 1938 bis zum Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 mindestens weitere 80.000 ermordet. Viele Niederlagen an den Fronten, wie heute sogar von offiziellen Quellen zugegeben wird, sind auf den akuten Mangel an qualifizierten Kommandeuren zurückzuführen.

Hitler wußte, daß es Jahre benötigte, um den zerschlagenen Militärkader wieder aufzubauen und hatte damit den

Deutschland hätte die Gefahr eines sofortigen Angriffskrieges gegen die Sowjetunion verstärkt, jedoch nicht die Vertragstreue der „Entente“-Partner garantiert.

Außerdem bot der deutsch-sowjetische Vertrag den Vorteil der Reduzierung der Gefahr einer japanischen Intervention. Durch die Westoffensive der deutschen Truppen war es für den japanischen Imperialismus strategisch günstiger, sich ebenfalls gegen die britischen, französischen und niederländischen Kolonien in Südostasien zu wenden. Insofern bildete der japanisch-sowjetische Neutralisationsvertrag vom 13. April 1941 lediglich die Ergänzung zum russisch-deutschen.

Der Hitler-Stalin-Pakt war ein Geflecht verschiedener Verträge. Ein Wirtschaftsabkommen sicherte der deutschen Wehrmacht die Lieferung kriegswichtiger Rohstoffe, unter anderem 900.000 Tonnen Erdöl, eine Million Tonnen Getreide und 300.000 Tonnen Roheisen. Die Bezahlung seitens der deutschen Regierung wurde verschleppt, teilweise überhaupt nicht geleistet.

Geheimes Zusatzprotokoll

Von größerer Bedeutung war allerdings ein geheimes Zusatzprotokoll, dessen Existenz von der sowjetischen Bürokratie bis vor wenigen Wochen geleugnet worden ist. In dem Protokoll wurde die Aufteilung Polens und des Baltikums festgelegt. Nach dem Einmarsch der Roten Armee in die vom Vertrag als „sowjetische Interessenssphären“ erklärten Gebiete wurden dort die Kapitalisten enteignet und damit eine soziale Revolution von oben durchgeführt. Der Grund und Boden wurde zwangsweise kollektiviert. Das Baltikum, Bessarabien und die Nord-Bukowina wurden zwangsweise gegen den Willen der Bevölkerung in die Sowjetunion eingegliedert. Dieses und die spätere Unterdrückung der nicht-russischen Völker durch Stalin ist eine der Gründe für die nationalen Bewegungen, die die Sowjetunion heute erschüttern. Der NKWD (Sicherheitsdienst der Sowjetunion) errichtete eine Terrorherrschaft, um ein bürokratisches System künstlich und undemokratisch aufzupflanzen zu können.

Die Verstaatlichung der Produktionsmittel und die Zerschlagung des Großgrundbesitzes war eine relativ fortschrittliche Maßnahme, denn sie schuf die Möglichkeit, die Wirtschaft zu

Reaktionen

Der Hitler-Stalin-Pakt führte selbst bei den Beschäftigten der Komintern (Kommunistische Internationale), die längst an die opportunistische Anpassung ihrer Sektionen an die Politik und die jeweiligen Wendungen und Winkelzüge des Kremls gewohnt waren, zu Panikreaktionen. Von 1934/35 an hatte die Kremlbürokratie und ihr willfähiges Instrument, die Komintern, ein „Bündnis der Demokratie“, eine Volksfront mit den imperialistischen Demokratien gegen den faschistischen Aggressor propagiert. Und nun, als der Krieg unmittelbar bevorstand, wechselten sie ins Lager der Faschisten.

In der Sowjetunion hatte man Massen von Oppositionellen ausgerottet mit der Begründung, sich an der von Stalin erfundenen, angeblich „trozkistisch-faschistischen Verschwörung“ beteiligt zu haben. Und nun schloß Stalin selbst auf höchster Ebene mit Hitler einen Vertrag! Die Propaganda beschwor die feste Freundschaft zwischen dem deutschen und dem russischen Volk und jegliche Kritik am Faschismus wurde untersagt. Selbst Charlie Chaplins Film „Der große Diktator“, der bereits angekündigt worden war, durfte nicht gezeigt werden.

Kommunisten und Arbeiter auf der ganzen Welt wurden desorientiert und demoralisiert. In allen Sektionen kam es zu Massenaustritten und politischer Inaktivität. In Frankreich traten 21 von



Protest in Lettland gegen den Hitler-Stalin-Pakt: Die nationalen Bewegungen im Baltikum fordern die Annullierung des Vertrags und den „Abzug der Invasionskräfte“.

72 Parlamentsabgeordneten aus der KPF aus. Am 2. September stimmte die KP noch für die Kriegskredite, und die Fraktionsmitglieder gingen in die Armee, um gegen den Faschismus zu kämpfen. Einige Tage später änderte die Partei die Linie, unterstützte Hitlers „Friedensangebote“ und die Parteiführung dessertierte aus der Arce.

In Deutschland waren nicht nur Massenaustritte, sondern auch ein massiver Rückgang der Widerstandstätigkeit zu verzeichnen. Im Juni 1940 konstatierte der Bericht der Gestapo, daß von organisierter Widerstandstätigkeit keine Rede mehr sein kann.

Die stalinergebene deutsche Parteiführung betrachtete den Pakt als genialen Schachzug Stalins und erhoffte sich einen Rückgang der staatlichen Unterdrückung und die Freilassung ihres Vorsitzenden Ernst Thälmanns. Das Gegenteil war der Fall: Stalin kam einer Aufforderung Ribbentrops nach und lieferte 800 Antifaschisten und Kommunisten aus den westsibirischen Lagern an die deutschen Faschisten aus!

Stalin war Hitlers bester Verbündeter, indem er die UdSSR in eine gefährliche Lage manövrierte und das wichtigste Instrument im Kampf gegen den

Mächten erwartet. Zwar gingen die Vereinigten Staaten als die nun eindeutige kapitalistische Weltmacht aus dem Krieg hervor. Der Dollar wurde zum Maß aller Dinge, der Welthandel erfuhr eine enorme Ausdehnung und legte so die Basis für den 30jährigen Nachkriegsaufschwung, den längsten in der Geschichte der Menschheit. Aber die Sowjet-Bürokratie war nicht vernichtet, wie die Alliierten gehofft hatten. Stattdessen waren die Errungenschaften der russischen Oktoberrevolution (Verstaatlichung der Produktionsmittel und die Planwirtschaft) erfolgreich verteidigt worden. In vielen anderen Ländern Osteuropas und der ex-kolonialen Welt entstanden Staaten nach dem Vorbild der Sowjetunion.

Die grundlegenden Probleme jedoch, nämlich die Widersprüche des Kapitalismus und die Unfähigkeit der stalinistischen Bürokratie, die Wirtschaft weiterzuentwickeln, bleiben bestehen. Es ist die Aufgabe unserer Generation, zu verhindern, daß die Menschheit in Barbarei und einem möglichen 3. Weltkrieg untergeht und stattdessen eine weltweite sozialistische Demokratie zu erkämpfen.

Thomas Berger, Kassel, Jungsozialist



Krieg die meisten Todesopfer zu beklagen. Das Land war völlig verwüstet worden.

wurden beschuldigt, auf eine Niederlage der Sowjetunion und die Restauration des Kapitalismus hinzuwirken. Über Doppelagenten wurde fingiertes belastendes Material vom Chef der deutschen Sicherheitspolizei, Heydrich, angefordert, was dieser - nach Absprache mit Hitler - prompt lieferte. Daraus ging hervor, daß der Chef der Roten

Rücken im Osten frei, um zunächst den Krieg im Westen gewinnen zu können. Die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion bekam solidere Grundlagen ...

Der am 23. August 1939, also nur 22 Monate vor dem Angriff Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion von Hitler und Stalin unterzeichnete Nicht-

Sowjetunion

Die Arbeiterklasse meldet sich zurück

Vor 51 Jahren wurde im sibirischen Vorkuta ein Hungerstreik im Arbeitslager – angeführt von trotzkistischen Gefangenen – blutig niedergeschlagen. Die stalinistische Bürokratie glaubte, damit ein für allemal alle Elemente marxistischer Opposition ausgerottet zu haben.

Fünf Jahrzehnte später streikten die Bergarbeiter von Vorkuta für die Verbesserungen ihres Lebensstandards und gegen das Mißmanagement der bürokratischen Herrschaft, für politische Forderungen, wie sie zum großen Teil geradewegs aus dem Programm der Linken Opposition um Trotzki hätten abgeschrieben sein können.

Der Bergarbeiterstreik war die größte Streikbewegung seit Bestehen der Sowjetunion. Auf dem Höhepunkt umfaßte sie 500.000 Streikende in sämtlichen Revieren des Landes. Die Bedeutung des Streiks kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden: Nach Jahrzehnten der Unterdrückung und erzwungener Passivität meldete sich die sowjetische Arbeiterklasse zurück in die politische Arena. Die Geschwindigkeit, mit der sich der Streik auf alle Reviere des Landes ausweitete, macht deutlich, daß dies kein sporadischer regionaler Ausbruch war, sondern die Spitze des Eisbergs weitverbreiteter Unruhe und Unzufriedenheit in der sowjetischen Arbeiterklasse.

Bergarbeiter müssen für ein Stück Seife im Monat streiken – in einem Land, das sich sozialistisch (!) nennt, und unter einem Regime, das sich viel auf seine Reformpolitik zugute hält. Kein Wunder, daß ihre Geduld allmählich zuende ist. Ihre Forderungen blieben dabei nicht bei den unmittelbaren wirtschaftlichen Problemen stehen. Die Forderungskataloge der verschiedenen Streikkomitees umfaßten

In allen betroffenen Gebieten bildeten sich unabhängige Streikkomitees, die demokratisch gewählt wurden und rechenschaftspflichtig waren. Mehrfach während des Streiks wurden von den Komitees ausgehandelte Kompromisse bei den Streikversammlungen zurückgewiesen.

Die Komitees schlossen sich auch schnell überörtlich zusammen. Im Kusnezr Becken wurde Mitte Juli ein Gebietskomitee mit je zwei Vertretern örtlicher Streikkomitees aus elf Städten gebildet.

Praktisch bestand während des Streiks vielerorts eine Art Doppelherrschaft zwischen den staatlichen Organen und den Arbeiterkomitees. Die Regierungszeitung „Iswestija“ schrieb am 5.8. über Vorkuta, daß das örtliche Streikkomitee mehr und mehr die Macht übernommen habe, zur einflußreichsten Kraft in der Stadt geworden sei und in vielem die offiziellen örtlichen Organe abgelöst habe. Die „Moskau News“ vom August 1989 berichtete: „Obwohl sich mehr als 100.000 Kumpel im Ausstand befinden, herrscht im Streikgebiet kein Chaos. Streikposten sorgen zusam-

Wurzel des Übels ist die Existenz der Bürokratie als herrschende Kaste insgesamt.

Einerseits wollte Gorbatschow die Bewegung also zur Säuberung der unteren Bürokratie von Reformgegnern nutzen. Andererseits herrschte jedoch die Furcht, daß eine umfassende Bewegung der Arbeiterklasse die Herrschaft des Apparats insgesamt gefährdet. Je mehr die Streikbewegung um sich griff, umso stärker überwogen daher die Warnungen an die Adresse der Streikenden. Gorbatschow erklärte, daß man „andere Lösungen“ finden müsse, wenn die Arbeit nicht bald wieder aufgenommen würde. Boris Jelzin, radikaler Reformler, beeilte sich, mit einem Appell im Fernsehen seine Autorität für einen Abbruch des Streiks in die Waagschale zu werfen. Auch der Reformflügel würde nicht vor repressiven Maßnahmen zurück-

nische Bürokratie stand am Abgrund ihrer Macht. Daß „Solidarnosc“ damals nicht erfolgreich war, lag vor allem an zwei Faktoren:

- dem starken Nationalismus, der zwar aus der Geschichte Polens heraus verständlich ist, aber der dennoch einer internationalen Ausdehnung der Bewegung in andere Ostblockstaaten im Wege stand;
- der illusorischen Hoffnung, daß unabhängige Arbeiterorganisationen auf Dauer friedlich neben der Bürokratie koexistieren könnten, und damit verbunden die mangelnde Zuspitzung des Kampfes auf den Sturz der Bürokratie hin.

In beidem wurde die „Solidarnosc“-Führung bestärkt durch zweifelhaftes „Berater“ aus den Kreisen der katholischen Kirchenfürsten und der Dissidenten um KOR. (Dieselben Kreise bemühen sich heute mit allen Mitteln darum, die Solidarnosc-Führung vollständig in den Staatsapparat einzubinden.)

Ein wichtiger Faktor war auch die Furcht vor einer drohenden Intervention der Sowjetunion, falls die polnischen Arbeiter zu weit gingen

Perspektiven

Eine solche Bedrohung hätten die sowjetischen Arbeiter wohl nicht zu befürchten. Welche Armee könnte es mit einer 120 Millionen Menschen starken Arbeiterklasse aufnehmen, wenn sie einmal in Bewegung geraten

Schicksal der Bürokratie nicht durch den (zeitweilig möglichen) Erfolg dieses oder jenes politischen Manövers, sondern dadurch, ob die wirtschaftlichen Probleme gelöst und der Lebensstandard der Bevölkerung angehoben werden kann. Und genau das ist unmöglich, solange die Herrschaft der bürokratischen Kaste als ganze fort-dauert. Auch die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente ändert daran nichts. Im Gegenteil: Durch Entstehen einer Schicht von Neureichen, Zunahme von Inflation, Arbeitslosigkeit und Korruption wird das wirtschaftliche Chaos mit solchen Maßnahmen nur vergrößert.

Sozialistische Demokratie

Große Bewegungen der Arbeiterklasse in der Sowjetunion wie auch in anderen Ostblockstaaten sind daher vorprogrammiert. Es kommt darauf an, die Schaffung unabhängiger Massenorganisationen der Arbeiterklasse vorzubereiten, die mit einem klaren Programm zum Sturz der gesamten Bürokratie und gegen das Gift des Nationalismus bewaffnet sind.

Nach erfolgreicher Umwälzung der politischen Strukturen könnte dann auf der Grundlage des Gemeineigentums an Produktionsmitteln und der Planwirtschaft eine echte Arbeiterdemokratie errichtet werden. Freie Meinungsäußerung und Zugang zu den Massenmedien, Zulassung aller politischer Parteien und Strömungen, volle



Seit 1980 kamen bei Arbeitsunfällen in den Minen der Sowjetunion 10.000 Arbeiter um – fast soviele, wie Soldaten in Afghanistan getötet wurden. Auch diese Zustände waren ein Grund für die Streiks in den sibirischen Minenfeldern.

schrecken, wie das Vorgehen gegen die nationalen Minderheiten, z.B. der Giftgaseinsatz in Georgien, und die lauwarmen Erklärungen zum Massaker in China zeigen.

Vorläufig konnte die Streikbewegung durch relativ weitreichende Zugeständnisse beendet werden. Regional und für einzelne Branchen ist es vielleicht zeitweilig möglich, die Versorgungslücken zu stopfen und dafür auch Konsumgüter aus dem Westen zu importieren. Dies war auch bei den Eisenbahnen so, die schon allein durch die Androhung von Streiks ähnliche Zugeständnisse wie die Bergarbeiter erreichten. Aber damit sind die Probleme nicht gelöst, sondern nur verschoben. Die ohnehin schon hohe Haushaltsverschuldung der UdSSR in Höhe von 100 Mrd. Rubel, das sind 12% des Sozialprodukts (zum Vergleich USA: 4% des BSP), läßt eine Ausdehnung solcher Maßnahmen oder flächendeckende materielle Zugeständnisse nicht zu.

Polen 1980/81

Die „Moskau-News“ (8/89) erinnerte daran, daß „die polnischen Ereignisse Anfang der 80er Jahre mit rein materiellen Forderungen der Streikenden begannen (hauptsächlich ging es um Lohnerhöhungen), die ziemlich schnell erfüllt wurden. Danach war die Hoffnung aufgekommen, daß durch vereinzelte Injektionen das Herannahende vereitelt werden kann. Dies war nicht der Fall. Die nächste Streikwelle war dann auch schon von politischen Forderungen gekennzeichnet.“

Wenn die sowjetischen Arbeiter die vorhandenen Ansätze zur Bildung einer unabhängigen Gewerkschaft ausbauen, könnte sich auch in der Sowjetunion eine Entwicklung wie in Polen 1980/81 anbahnen. „Solidarnosc“ organisierte damals binnen weniger Wochen 10 Millionen Mitglieder. Über 1 1/2 Jahre bestand landesweit ein Zustand von Doppelherrschaft; die pol-

gewerkschaftliche und politische Rechte, demokratische Kontrolle über wirtschaftliche und gesellschaftliche Entscheidungen, Wahl- und Abwählbarkeit aller Vertreter und Funktionäre, Abschaffung sämtlicher Privilegien, Kontrolle der bewaffneten Einheiten durch gewählte Organe der Arbeiterklasse, das Recht auf Selbstbestimmung für die nationalen Minderheiten – dies wären u.a. selbstverständliche Bestandteile einer sozialistischen Demokratie, die auch weit über das hinausgehen, was die Arbeiterklasse in einigen entwickelten kapitalistischen Industrieländern des Westens im Rahmen der bürgerlichen Demokratie erkämpfen konnte.

Nur einhergehend mit demokratischen politischen Strukturen können die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten einer Planwirtschaft zur vollen Entfaltung kommen.

Angela Bankert, Köln
Jungsozialist

In den nächsten Ausgaben von VORAN werden wir uns mit den Entwicklungen in Polen und Ungarn sowie mit der Frage befassen, ob eine kapitalistische Restauration im Ostblock möglich ist.



Boris Jelzin, bekannt als „radikaler Reformler“, stellte sich nicht hinter die Forderungen der Bergarbeiter, sondern appellierte im Fernsehen für einen Abbruch des Streiks.

bis zu 50 Punkte, einschließlich ökologischer Fragen und vor allem Forderungen nach Arbeiterkontrolle über wirtschaftliche und politische Entscheidungen.

Unübersehbar war die große Skepsis der Arbeiter gegenüber der Partei, einschließlich ihrem Reformflügel. „Gorbimanie“ in der BRD, freiere Arbeitsmöglichkeiten für Intellektuelle, Künstler oder Journalisten in der Sowjetunion durch „Glasnost“ sind eine Sache. Aber für die Arbeiter bedeutet „Perestroika“, daß die Folgen der durch die Bürokratie verursachten Wirtschaftskrise auf sie abgewälzt werden. Nach 5 Jahren Reformpolitik sind die Regale leerer als zuvor.

Unabhängige Arbeiterkomitees

Das wichtigste Ergebnis des Streiks – neben den materiellen Zugeständnissen – ist die Herausbildung von unabhängigen Organen der Arbeiterschaft. Die Streikbewegung ging gänzlich an den offiziellen Organisationen Partei und Gewerkschaft vorbei, von denen die Arbeiter vollkommen zurecht nichts erwarten.

men mit der örtlichen Polizei für die Aufrechterhaltung der Ordnung. Auf Anordnung des Streikkomitees darf in den von den Arbeitsniederlegungen betroffenen Städten kein Alkohol verkauft werden.“

Inzwischen wird von den Arbeitern folgerichtig auch die Gründung unabhängiger Gewerkschaften gefordert. Ende Juli trafen sich Vertreter von Streikkomitees und informellen Arbeitervereinen aus 23 Städten in Moskau, um eine solche Gründung zu diskutieren (siehe auch Aufruf unten).

Reaktion Moskaus

Die Reaktion der Parteiführung auf die Streiks war zwiespältig. Parteipresse und Offizielle äußerten sich in einer Meinung aus Verständnis und Warnung. Alle Schuldzuweisung erging an die Bürokratie vor Ort. Doch in der Debatte des Obersten Sowjets nahmen Abgeordnete aus dem Kusnezr Kohlerevier die örtlichen Behörden in Schutz: Sie hätten mehr als einmal die drängenden Probleme in Moskau dargelegt, jedoch ohne Erfolg. Die Schuld liegt nicht bei diesem oder jenem Teil der Bürokratie, sondern die

Unterstützt den Aufbau von unabhängigen Gewerkschaften in der UdSSR

Streikkomitees der Bergarbeiter und sozialistische Oppositionsgruppen in der Sowjetunion haben einen Aufruf veröffentlicht, die Bildung unabhängiger Gewerkschaften zu unterstützen. Unter der Schirmherrschaft des britischen Labour-Abgeordneten Terry Fields wurde dafür eine internationale Solidaritäts-Kampagne gestartet. Solidaritäts-Resolutionen wurden bereits vom Vorstand der britischen Labour-Party und einigen Gewerkschaften unterstützt.

Die Redaktion VORAN schließt sich dieser Kampagne an und fordert alle Leser auf, Unterstützungs-Resolutionen für die Gründung unabhängiger Gewerkschaften in der Sowjetunion in Gewerkschaften und Parteigliederungen einzubringen.

Schickt Solidaritäts-Resolutionen an „Socialist Solidarity with Soviet Workers, c/o Terry Fields, House vom Commons, London SW1 A0AA“.

Nicaragua 10 Jahre nach der Revolution „Mischwirtschaft“ zum Scheitern verurteilt

Vor zehn Jahren endete in Nicaragua eine lange Zeit grausamster Diktatur und Unterdrückung des Volkes. Unter der Diktatur Somozas besaß eine Clique von 1,5% 45,1% des Landes, weitere 20,3% besaßen 41,1%, während die ärmsten Bauern (78%) lediglich 17% des Landes besaßen. Auf den Ländereien der Reichen wurden an die 310.000 Landarbeiter wie Sklaven gehalten (Gesamtbewölkerung 1978: ca. 2,5 Mio.).

Nach dem Sturz des Diktators Somoza im Juli 1979 gingen die Sandinisten als Hauptkraft der Revolution an die Lösung der dringendsten Probleme: Die Hälfte der Bevölkerung konnte vor der Revolution weder lesen noch schreiben. Nach der ersten Alphabetisierungskampagne waren es bereits weniger als 14%! Lehrer und Ärzte wurden in großer Zahl ausgebildet und aufs Land geschickt. Kampagnen zur Gesundheitsversorgung senkten z.B. die Kindersterblichkeit von 33% auf 8%.

Heute, 10 Jahre nach der Revolution, liegt die Wirtschaft des Landes auf dem Boden. Die Inflationsrate betrug im Jahr 1988 20.000%. Für dieses Jahr wird mit einer Verdoppelung gerechnet. Innerhalb eines Jahres konnten sich die Menschen in Nicaragua für ihren Lohn noch nicht einmal mehr die Hälfte der Dinge leisten wie vorher. Der Eintrittspreis für die Super-Disco „Lobo-Jack“ beträgt einen halben Monatslohn.

In den letzten 10 Jahren verließen ca. eine halbe Million Nicaraguaner ihre Heimat, davon die Hälfte aller Akademiker, um woanders Geld für die zurückgelassenen Familien zu verdienen.

Gründe

Die Gründe für das Desaster sind vielfältig. Somoza hatte die gesamte Staatskasse mit ins Ausland genommen und nur die Schulden von 1,6 Mrd. Dollar zurückgelassen. Große Teile der Industrie und der Landwirtschaft waren nach der Zeit des einjährigen Aufstandes entweder zerstört oder verwahrlost, ebenfalls viele Straßen

und Brücken. Die USA, die BRD und andere „freiheitsliebende“ westliche Staaten strichen die Entwicklungshilfe für Nicaragua, außerdem verhängte die USA einen Wirtschaftsboykott und setzte sich erfolgreich gegen Kredite des Internationalen Währungsfonds für das kleine Land ein.

1984 begann die USA die „Contras“ zu finanzieren und auszubilden, um durch diese Schar von Ex-Somozisten, unzufriedenen Bauern u.a. Nicaragua zu terrorisieren und die Wirtschaft zu destabilisieren. Zwar drohte die USA



Der Krieg - zuerst gegen Somoza, dann gegen die „Contras“ - trug zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten Nicaraguas bei.

auch mit direkter Invasion, doch dies konnten sie sich weder innenpolitisch leisten, noch außenpolitisch wagen, denn damit würden zahllose Bewegungen in Südamerika in Aufstände münden gegen die verhaßte USA und ihre Vasallen-Regimes.

Das führte dazu, daß die Hälfte des gesamten Haushaltes von Nicaragua allein für militärische Ausgaben verloren gingen. Zugleich fehlten wichtige Fachkräfte in der Industrie. Straßen, Brücken, ganze Siedlungen und Betriebe und sogar die Ernte wurden durch den Krieg zerstört. Zwar wurden sofort die Besitztümer Somozas verstaatlicht, aber der Großteil der Wirtschaft befindet sich noch in privater Hand. Und die Unternehmer und Großgrundbesitzer machten sogleich klar, daß sie niemals einer Regierung beim Wirtschaftsaufbau helfen würden, die nicht ihre Regierung ist. Die Investitionen gingen immer weiter zurück. Kapital und Maschinen wurden ins Ausland gebracht, Sabotage und Aufwiegelung der „eigenen“ Arbeiter gegen die Sandinisten trugen zur Destabilisierung der Wirtschaft bei.

„Mischwirtschaft“

Die Wirtschaftspolitik der Sandinisten trug wenig dazu bei, dieser Krise zu entkommen. Von Anfang an strebten sie eine Zusammenarbeit mit den einheimischen Unternehmern und Großgrundbesitzern an und hofften auf deren guten Willen. Doch der „gute Wille“ privater Unternehmer kann nur darin bestehen, die eigenen Profite zu sichern. Nur durch eine konsequente Weiterführung der Verstaatlichungspolitik hätte die Grundlage für eine wirkungsvolle wirtschaftliche Planung im Interesse der Bevölkerung gelegt werden können. Selbst jetzt, nach der Erfahrung der letzten 10 Jahre, propagieren die Sandinisten noch ihre Vorstellungen von „Mischwirtschaft“.

Als im Juni letzten Jahres die Bauarbeiter Managuas für höhere Löhne streikten, erwiderte das Regierungs-

mitglied Viktor Tirado auf die Frage, ob man nicht die Lasten der Wirtschaftskrise von den Arbeitern auf die Produzenten umverteilen müßte, im Parteiorgan der FSLN: „Soll man alles sozialisieren? Die Arbeiter müssen die Allianzen und das Projekt der Nationalen Einheit verstehen. Man muß



Die Inflationsrate betrug 1988 20.000% und führte zu einer dramatischen Verschlechterung des Lebensstandards.

sich auch über das strategische Projekt der Mischwirtschaft im klaren sein. Die Arbeiter müssen diese Lasten tragen, denn es ist ihre Revolution. Wir können nicht von der Bourgeoisie erwarten, daß sie die Lasten dieses Projektes trägt.“

Verstaatlichung

Statt die richtige Konsequenz aus der Erkenntnis dieses letzten Satzes zu ziehen und zügig die Verstaatlichungen voranzutreiben, beschwört der Wirtschaftsminister Luis Carrion die „Konzertierung“ (Zusammenarbeit) mit dem Privateigentum. Diese Beschwörung unterstützt die Regierung

durch Investitionsanreize und Garantien gegen Enteignung.

Ein zusätzlicher Faktor für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Unzufriedenheit im Volk liegt in den Strukturen der regierenden FSLN (Sandinistas). Aus einer Guerilla-Armee entstanden war die FSLN von Anfang an hierarchisch aufgebaut und unterlag keiner demokratischen Kontrolle. Moises Hassan, ein ehemaliges Mitglied der sandinistischen Regierung, sagt in einem Interview: „Nach einem der ersten Dekrete, das wir als Regierungsjunta unterschrieben, sollten die Villen der Somoza-Anhänger ausschließlich sozialen Zwecken zugute kommen: Kindergärten, Altenheim. Aber die Tinte unter dem Dekret war noch nicht trocken, da begann eine Horde von FSLN-Mitgliedern, angefangen von der nationalen Leitung, die Häuser unter sich aufzuteilen. (...) Rückblickend meine ich, daß

Opportunismus, Korruption und Unordnung mindestens soviet Anteil an der heutigen kritischen Situation haben wie die Aggression der Yankees.“

Am Beispiel Nicaraguas wird deutlich: Eine Revolution kann nicht auf halbem Wege stehenbleiben. Wenn die Sandinisten jetzt nicht die notwendigen Schritte zu Verstaatlichung und Aufbau einer Planwirtschaft unter demokratischer Kontrolle unternehmen, wird es sich nicht vermeiden lassen, daß das Kapital auch wieder die politische Macht in Nicaragua übernimmt.

Jens Breuß, Hamburg
Jungsozialist

Türkei Arbeiter gehen in die Offensive

Millionen türkischer Arbeiter leben mit ihren Familien in der BRD. Einige Deutsche geben Schönhuber recht, wenn er sagt: Die Türken sollten lieber wieder in ihre Heimat zurückgehen; hier, in dieser für sie fremden Kultur, würden sie doch nur unglücklich. Hätten alle türkischen Kollegen, wie Schönhuber, eine Villa in der Türkei, und ein ausreichendes Einkommen, so würden sicher mancher lieber heute als morgen zurückgehen.

Die Lage im Land ist für die große Mehrzahl der Bevölkerung jedoch katastrophal, und die Gründe hierfür liegen in dem Diktat des Internationalen Währungsfonds, das gerade die „Gesundung“ der türkischen Wirtschaft zur Folge haben soll. Es wurde beschlossen, die öffentlichen Ausgaben zu senken. Vor allem ausländische Investoren bot sich durch Massenentlassungen in Staatsbetrieben sowie Lohn- und Gehaltsstopp ein lukratives Geschäft.

Während das Volk verelendet, steigen die Profite der großen Unternehmer um gute 100 Prozent. Der Anteil der Löhne am Nationaleinkommen fiel von 1977 37% auf 1988 15%. Der Anteil der Gewinne am Nationaleinkommen stieg dagegen von 1977 34 Prozent auf 1987 66%.

Angriffe

Die massiven Angriffe auf den Lebensstandard der Bevölkerung konnten nur durch die Zerschlagung der Gewerkschaften und die Abschaffung demokratischer Rechte durchgesetzt werden. Diese Aufgabe erfüllte die Militär-Regierung, die sich 1980 an die Macht geputscht hatte.

Heute muß ein Arbeiter für ein Kilo Fleisch doppelt solange arbeiten wie vor zehn Jahren. Sieben von zehn Kindern aus Arbeiter-, Angestellten- und

Bauernfamilien leiden laut Studie der Atatürk-Universität an deutlichen Symptomen von Unterernährung.

In der Türkei beträgt die Inflation nahezu 90 Prozent. Mußte ein Arbeiter 1981 noch 8 Stunden für sein Auskommen arbeiten, sind es heute 15,5 Stunden. Er muß mit durchschnittlich 284.795 Türkische Lire (200 DM) eine vierköpfige Familien über Wasser halten. Aber das ist noch gar nichts. Der staatlich festgelegte Mindestlohn beziffert sich auf ganze 84.000 TL netto im Monat, das sind vielleicht 80 DM. Ein einfacher Industriearbeiter bekommt zwischen 100 und 300 DM netto. 80 Prozent der Beamten erhalten eine lächerliche Zuwendung von 29.000-78.000 TL, also rund 25-70 DM.

Kinderarbeit

Die Kinderarbeit feiert in der Türkei Hochkonjunktur, viele Kinder im Alter von 5-6 Jahren halten das Monopol der Autoreparatur fest in ihrer Hand, und das nicht nach, sondern oft anstatt der Schule.

Das Auskommen der Landarbeiter ist auch nicht besser als das ihrer Kollegen aus der Stadt - solange das Wetter gut ist. Im Winter ändert sich ihre Lage. Dann müssen sie in den Städten betteln. So gab es im letzten Winter 14.000 Bettler in Istanbul. 40-70% der

Stadtbevölkerung muß in Slum-ähnlichen Wohnanlagen leben. Die Behausungen sind meist ohne Wasser und ohne Kanalisation. Es steht keine Müllabfuhr, keine öffentlichen Verkehrsmittel, keine ärztliche Versorgung zur Verfügung.

Offiziell liegt die Arbeitslosenquote bei 15% Doch wird sich wohl kaum jemand registrieren lassen, wenn sowieso keine Aussicht auf Unterstützung besteht. Viele Menschen bieten ihre Organe, meist ihre Nieren, zum Verkauf an. Auch trennen sich Eltern



Das Volk verelendet, während die Profite steigen. Trotz brutaler Unterdrückung durch die Militärdiktatur beginnen die Arbeiter sich zu wehren.

von ihren Kindern, in dem sie sie verkaufen, weil sie sie nicht mehr ernähren können.

Die Lage ist so verzweifelt, daß die Arbeiter - trotz der brutalen Unterdrückung durch das Regime -, begonnen haben, sich zu wehren. Im öffentlichen Dienst gingen Anfang diesen Jahres über 600.000 Beschäftigte mit der Forderung nach mehr Lohn auf die Straße. Mit „Wir-haben-Hunger“-Parolen zogen die Menschen illegalerweise am 1. Mai durch die Straßen und protestierten damit gegen die massiven Preiserhöhungen und für höhere Löhne. Die Polizei griff ein, erschöß den 18jährigen Tischlerlehrling Mehmet Dalei, prügelte auf die Demonstranten ein und verhaftete, nach offiziellen Angaben, 537 Kollegen. Mit Sprüchen wie „Laßt die Kommunisten verrecken! Habt kein Erbarmen mit ihnen“ wurde per Polizeifunk die Stimmung der Polizisten angeheizt.

Aber die Kollegen ließen sich nicht einschüchtern. Die Proteste gingen weiter. Obwohl Streiks verboten sind, blieben am 4. Mai 24.000 Stahlarbeiter aus Karabuh und Iskenterem der Arbeit fern. In anderen Gebieten gingen alle Arbeiter gleichzeitig zum Arzt, denn sie seien krank wegen der niedrigen Löhne. Viele Männer reichten demonstrativ die Scheidung ein mit der Begründung, sie könnten ihre Familien nicht mehr ernähren.

Sehr eindrucksvoll kommentierte der Redakteur der türkischen Tageszeitung Cumhuriyet, Sukran Ketenci, die Lage: „Das ist die neue Türkei und keiner weiß, wie es enden wird. Es ist das erste Mal (seit Ende der 70er Jahre), daß die Arbeiter ihre Stärke fühlen und es wird schwierig sein, sie wieder zu stoppen.“

Martin Korte, Bremerhaven
Jungsozialist

Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und

„Perestroika kann man nicht essen!“

Liebe Genossinnen und Genossen,
Unsere Reisegruppe bestand aus 25 Naturfreunden, die meisten sind politisch interessiert. Wir wollten uns vor allem über die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in der Sowjetunion aus erster Hand informieren. Die Stationen der Reise waren Leningrad, Taschkent, Samarkand und Moskau.

Eines der Hauptprobleme in Leningrad besteht in der Wohnungsnot. Einem Leningrader Bürger stehen im Durchschnitt etwa 12 qm Wohnfläche zu. Etwa die Hälfte wohnt in ehemaligen Häusern des Großbürgertums, die in mehrere Wohneinheiten geteilt sind. Die durchschnittliche Wartezeit für eine Wohnung sind 15 Jahre. Am Stadtrand wurden riesige Hochhausgettos aus dem Boden gestampft. Es werden täglich zwar etwa 120 Wohneinheiten fertiggestellt. Dies reicht aber bei weitem nicht aus, um die Bedürfnisse nach ansatzweise zu befriedigen. „Mein Bruder und ich studieren – eine eigene Wohnung ist für uns ein Traum“, erzählte uns Andrej, Maschinenbaustudent, im Rahmen eines Freundschaftstreffens. „Was machen sowjetische Jugendliche eigentlich abends?“ war unsere Frage. „Im Fernsehen laufen zur Zeit oft amerikanische Videos. Die sind sehr beliebt. Discos und Kneipen gibt es in Leningrad eigentlich kaum.“

Mehrmals sind wir auf die „Gorbimanie“ in der BRD angesprochen worden. Eine Begeisterung in diesem Sinne gibt es in der UdSSR nicht. Im Gegenteil: „Perestroika kann man nicht essen“, meint Andrej.

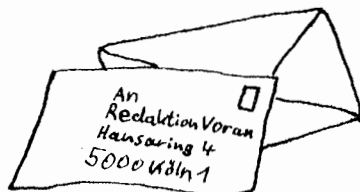
Die Versorgungslage hat sich in den letzten Jahren verschlechtert. Zucker, Tee und Hygieneartikel sind nur mit Bezugskarten zu bekommen. Zucker ist für einen Arbeiter teurer als unter der Zarenherrschaft. Zu unserem Erstaunen ist alles, wirklich alles offen. Die Menschen haben keine Angst, ihre politische Meinung zu äußern. Auf dem Arbat, einer Fußgängerzone in Moskau, herrscht buntes Treiben. Maler, Jazzer, politische Agitatoren, Poeten und ukrainische Katholiken suchen nach Öffentlichkeit. Jetzt müßte man russisch können, dachten wir uns.

Wir besichtigten u.a. die Isaac-Kathedrale im Zentrum, laut Führung die größte und schönste der Welt. Ein finnischer Geschäftsmann weiß dies zu schätzen. Direkt vor der Kathedrale hat er seinen original Hamburgerstand eröffnet. Freilich war das Ketchup-Gericht nur in Valuta (Westwährung) zu erwerben: einen Hamburger zum Preis von 5,51 DM.

Von Taschkent, der Hauptstadt Usbekistans, ist es noch etwa 200 Kilometer bis zur afghanischen Grenze. Unser erster Eindruck: Heiß! Im Sommer beträgt die durchschnittliche Temperatur im Schatten 45 Grad. Eigentlich haben wir ein orientalisches Dorf erwartet. Vor uns liegt eine moderne 2-Millionen-Metropole. Metro, Oberlinienbusse, Straßenbahnen – alles vorhanden. Taschkent, so wurde uns erklärt, wurde 1966 durch ein Erdbeben fast völlig zerstört und danach im Hochhaus-Stil wieder aufgebaut.

Doch der Umzug der alteingesessenen Usbeken in Hochhäuser verlief nicht ganz reibungslos. Noch heute werden in den Gängen Hühner und Ziegen gehalten. Auf den Grünflächen inmitten der Trabanteniedlungen wird Gemüse gezogen.

„Noch vor 70 Jahren wurden weibliche Babys oft nach der Geburt ausgesetzt oder ermordet.“ Unsere usbekische Reiseführerin schildert die Lage der Usbeken vor und kurz nach der



Revolution. „Frauen erblindeten, weil sie ihren Schleier 10-20 Jahre nicht waschen durften.“

„1926 legten die Frauen demonstrativ ihre Schleier nieder“, wurde uns auf dem Platz der Frauenbefreiung in Taschkent erzählt. Eins steht fest: Für die Frauen hat sich im Vergleich zu anderen moslemischen Ländern seit der Revolution viel zum Positiven verändert. Trotzdem äußert sich die allgemeine Unzufriedenheit z.Zt. in einem Wiederaufleben von Religiosität und Nationalismus.

Bei einem Treffen mit russischen und usbekischen Deutschstudenten kam auf unsere Fragen zunächst betretendes Schweigen. Alle drei unterstützen die Kabuler Regierung gegen die Mudschahidins, werten das militärische Eingreifen jedoch als Fehler.

Die letzten fünf Tage verbrachten wir in Moskau. Zu unserem Mißfallen sind wir diesmal in einem 22stöckigen Yankeebunker untergebracht worden. Zunächst wieder das touristische Programm: Kremlmauer, Universität, Allunionsausstellung, Roter Platz, Leninmausoleum. Der Totenkult widert uns an. Wie Schneewittchen liegt Lenins Leiche im Glaskasten zur Ansicht. Einige vermuten, daß es sich um eine Wachfigur handelt. Lenin sagte einmal: „Das Schlimmste, was einem Revolutionär passieren kann, ist, daß er nach seinem Tod zur Ikone wird.“

Stefan Fisahn, Kerstin Käfer, Boris Kanzleiter, Stuttgart



Rock-Festivals, wie dieses Jahr in Moskau, sind die seltene Ausnahme. Sonst und vor allem in der Provinz herrscht Langeweile.

Überwachungsstaat

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine neue Runde im Ausbau des Überwachungsstaates wird im Augenblick von der deutschen Bundespost vorbereitet. In diesem Jahr wurde mit dem Aufbau des integrierten digitalen Fernmeldenetzes ISDN begonnen, das den schnellen und kostengünstigen Austausch verschiedener Daten (Ton, Bild, Schrift) über einen einzigen Anschluß ermöglicht. Bisher sind nur 2000 Postkunden an dieses Netz angeschlossen, aber innerhalb der nächsten 10 Jahre sollen noch 7 Millionen dazukommen, später soll dieses Netz dann praktisch zum Standard werden.

Im Zuge der Einführung dieses Netzes wird ein Traum von Verfassungsschützern und Geheimdienstlern zur Realität: Es wird vollständig festgehalten, wer wann mit wem wie lange telefoniert hat. Von jedem ISDN-Teilnehmer kann ein detailliertes „Kommunikationsprofil“ erstellt werden. Die gigantischen Datenberge, die sich dann aufhäufen, sollen für drei Monate aufbewahrt werden – und stehen

den Ermittlungsbehörden zur Verfügung, denn es gibt keinen wirksamen Schutz dieser Daten. Nicht nur ISDN-Teilnehmer, auch alle Anrufer bei ISDN-Anschlüssen unterliegen der Speicherung. Das Grundrecht auf un beobachtete Kommunikation wird damit aufgehoben.

Die offizielle Begründung der Post ist, daß einige Telefonkunden (bisher jeder Tausendste) eine Einzelgebührenabrechnung mit Aufführung aller Gespräche verlangten. Aber das wäre auch ohne vollständige Speicherung aller Rufnummern möglich.

Mit etwas Phantasie kann man sich leicht ausmalen, welche neuen Überwachungsmöglichkeiten sich ergeben: Kritische Journalisten, die politische Linke, Aktivisten aus der Arbeiterbewegung könnten routinemäßig kontrolliert werden – es bedarf keiner besonderen Abhörung mehr, denn die Datenströme könnten vollautomatisch analysiert werden.

Die organisierte Arbeiterbewegung muß dagegen kämpfen, daß der Überwachungsstaat im Zuge der Einführung dieser neuen Technologie massiv ausgebaut wird.

Andreas Paqué, Köln



Jetzt erhältlich!

Die Video-Aufzeichnung der VORAN-Veranstaltung vom 16. April 1989

Preis: 20 DM, Ausleihgebühr: 10 DM

zu bestellen bei der Redaktion VORAN, Hansaring 4, 5 Köln 1, Tel. 0221/134504

Kampffonds Arbeiterpresse im Sommerschlußverkauf?

Die Parteispitze der österreichischen Sozialisten will ihre seit 100 Jahren erscheinende „Arbeiterzeitung“ privatisieren. 45% der Anteile gehen an den britischen Medienmulti Maxwell. Er war entscheidend an der Zerschlagung der britischen Druckergewerkschaft beteiligt – ganz im Sinne von Thatchers arbeiterfeindlicher Politik. Weitere 45% gehen an den Wiener Verlagsbesitzer Hans Schmidt, der unter anderem das Magazin „Wiener“ herausgibt und nebenbei Geschäftsführer einer internationalen Werbeagentur ist.

Es ist also vorzusehen, daß aus der „Arbeiterzeitung“ ein stromlinienförmiges Boulevardblatt wird – eine Verhöhnung der kämpferischen Traditionen der österreichischen Arbeiterbewegung. 10% der Anteile bleiben bei der SPÖ, die sich damit noch als Aushängeschild für ein ansonsten rein bürgerliches Blatt hergibt.

Dieses Vorgehen ist noch viel schlimmer als die Aufgabe des „Vorwärts“ durch die SPD, die zumindest den Namen der Traditionszeitung in eigener Hand behalten hat. Solche jämmerlichen Ausverkäufe sind die letzte Konsequenz aus einer Politik, die sich an den „Sachzwängen“, das heißt an den Interessen des Kapitals orientiert.

VORAN dagegen orientiert sich an den Interessen der Lohnabhängigen. Das Sammeln von Spenden aus der Arbeiterbewegung erfordert natürlich mehr Einsatz als die Finanzierung einer Zeitung über Anzeigen oder die Beteiligung von Privatunternehmern. Aber es ist die einzige Möglichkeit, um eine unabhängige Arbeiterpresse aufzubauen.

Nachdem wert ist z.B. der Krankenpfleger Hubert Batsch aus Köln, der 220,- DM von seinem Lohnsteuerjahresausgleich gespendet hat. Auch kleine Spenden sind für uns wichtig: Der Schüler Jan Kanzleiter aus Stuttgart spendete beispielsweise 2,30 DM.

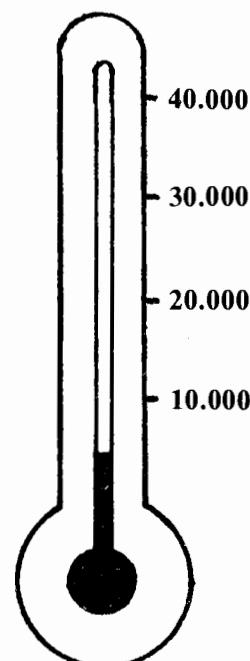
Unterstützer aus Aachen überweisen 300,- DM „Erfrischungsgeld“ aus ihrer Tätigkeit als Wahlhelfer bei der Europawahl. Aus Hamburg erreichten uns 82,- DM Erlös aus Buttonverkauf. 115,- DM wurden auf einem Lesertreffen in Bremerhaven gesammelt.

Dies sind nur einige Beispiele aus den letzten zwei Monaten.

Insgesamt konnten wir das 2. Quartal (April bis Juni) mit 38.591,20 DM abschließen, das sind 94,6% vom Ziel! Im Juli haben wir 5511,87 DM erreicht. VORAN-Unterstützer waren zwar auch in den Sommermonaten aktiv, aber trotzdem haben wir mit einem „Sommerloch“ bei den Spenden zu kämpfen. Es ist deshalb wichtig, daß wir jetzt im September wieder „voll einsteigen“ und alle Möglichkeiten nutzen, in der Arbeiterbewegung Geld zu sammeln. Auch sollten alle VORAN-Unterstützer sich als Wahlhelfer bei den anstehenden Kommunalwahlen melden.

Nur wenn wir konsequent die vorhandene Spendenbereitschaft ausschöpfen, können wir bis Ende September unser Ziel von 40.000 DM erreichen.

Ulf Petersen, Köln, Jungsozialist



Spendenkonto:
VORAN, Postgiroamt Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430

ihr da oben . . .

Sofortiges Handeln

Das Ozonloch wird von Jahr zu Jahr größer. In Neuseeland rät die Regierung den Menschen, sich zwischen 12 und 15 Uhr nicht der direkten Sonneneinstrahlung auszusetzen. Die Hautkrebskrankungen sind in Neuseeland in den vergangenen Jahren dramatisch gestiegen.

Doch die Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft sehen weltweit nur tatenlos zu. Das haben wir zumindest alle bisher gedacht. Das heißt: bis zum Weltwirtschaftsgipfel der sieben größten Industriestaaten im vergangenen Juli. Denn dieser Gipfel verabschiedete die sensationelle Erklärung zum Umweltschutz: „Der Abbau der Ozonschicht in der Stratosphäre ist alarmierend und erfordert sofortiges Handeln.“ Heißt das, die Kapitalisten haben ihre konkurrierenden Profitinteressen hinten angestellt, um uns vor dem Ozonloch zu retten? Um ihrem „sofortigen Handeln“ Nachdruck zu verleihen, bekräftigten sie die „Absicht“, bis spätestens zum Ende des Jahrhunderts (im Jahr 2000) die ozonzerstörenden FCKW (Fluorchlorkohlenwasserstoffe) abzuschaffen.

Die FCKW brauchen rund 20 Jahre, um bis in große Höhen aufzusteigen, wo sie die Ozonschicht zerstören. Die chemisch sehr stabilen FCKW haben eine Lebensdauer zwischen 75 und 100 Jahren. Im günstigsten Fall wären sie demnach in den Jahren 2075 bis 2100 aus der Erdatmosphäre verschwunden. Ob wir das noch erleben dürfen?

Weil nicht sein kann was nicht sein darf

In einem Streitgespräch in der Zeitschrift „KONKRET“ wurde Jürgen Kuczynski, Gesellschaftswissenschaftler in der DDR, zur Lage der Sowjetunion die Frage gestellt: „Jürgen Kuczynski, hast Du nicht sogar gesagt, es gebe einen unversöhnlichen Antagonismus (Widerspruch) zwischen dem bürokratischen Apparat und der Umwandlung? Ich meine mich so zu erinnern an das KONKRET-Interview . . .“

Kuczynski: „ . . . In dem Interview mit KONKRET stand die Frage: Gibt es Antagonismen im Sozialismus? Und die gibt es in allen sozialistischen Ländern, weil es leider in allen sozialistischen Ländern eine Bürokratie gibt und Korruption gibt und Karrierismus. Das sind alles antagonistische Gegensätze. Aber man kann meiner Ansicht nach nicht sagen, der Partei- und Staatsapparat ist mit der Bürokratie völlig zu iden-



tifizieren, sonst müßte man ja sagen, man müßte in der Sowjetunion heute den gesamten Partei- und Staatsapparat abschaffen.“

Die Abschaffung der gesamten Bürokratie ist für den Bürokraten Kuczynski in der Tat undenkbar.

Bombensicher

Der rumänische Staatspräsident Ceausescu verordnete seinem gebeutelten Volk „feiern“. Der Grund: die Einweihung des neuen Palastes für die Bürokraten in Bukarest. Für dieses Gebäude, das enorme Summen verschlang, wurden alte Barockkirchen, Synagogen und Wohnhäuser abgerissen.

Für Ceausescu und seine Familie hat sich die Investition sicher gelohnt. Unter dem Gebäude befindet sich ein Atombunker, der durch ein spezielles Eisenbahngleis mit dem privaten Wohnsitz des Präsidenten verbunden ist. Große Mengen an Vorräten werden hier gelagert.

Außerdem ist der ganze Palast „bombensicher“ – nur für den Fall, daß es mal zu einer kleinen örtlichen Auseinandersetzung kommt, jetzt, wo das Volk weiß, wo es noch was zu essen gibt.



. . . wir hier unten

Streik beim Kaufhof-Konzern Eine „Tochter“ muckt auf

Seit ca. drei Jahren kämpfen die Betriebsräte einer Tochter des Kaufhofkonzernes zusammen mit der HBV für den Erhalt eines eigenen Haustarifvertrages. Das Ziel ist, die durch die Ausgliederung verursachte Verschlechterung der Arbeits- und sozialen Bedingungen wieder auszugleichen.

Als der Kaufhofkonzern uns, das heißt seinen Gastronomiebereich, ausgliederte, beging er nichts anderes als Tariffucht. Er drückte dadurch seine Mitarbeiter in die Billiglöhne des Gastgewerbes. Das führte dazu, daß z.B. Spülfrauen für lumpige 6,80 DM/Stunde brutto arbeiten. Die soziale Einstellung von Großunternehmungen wird immer fragwürdiger.

Nachdem sämtliche Verhandlungen gescheitert waren, forderte die HBV die Beschäftigten aus drei Kölner Filialen des Konzerns zu einem halbtägigen Warnstreik mit anschließender Urabstimmung auf. Bei der Urabstim-

mung stimmten sämtliche Kolleginnen und Kollegen für weitergehende Aktionen. In den darauffolgenden drei Wochen geschah das, was es in der Geschichte einer „Stieftochter“, wie der stellvertretende Vorsitzende der HBV uns nannte, noch nicht gegeben hat.

Erste Streikerfahrung

Für die meisten Beschäftigten waren das die ersten Streikerfahrungen. So waren natürlich viele unsicher. Die Folge war, daß dann einzelne Kolleginnen und Kollegen dem Druck nachgaben und den Streik durchbrachen. In dem Betrieb, wo ich arbeite, war es manchmal sehr frustrierend, weil teilweise bis zu 50% den Streikaufruf nicht befolgten. Die Gründe dafür liegen wohl darin, daß es diese Betriebsstätte erst seit drei Jahren gibt. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist nicht sehr hoch. Viele hatten noch nie erfahren, daß man ein Ziel nur gemeinsam, das heißt solidarisch, erkämpfen kann.

Die Tatsache, daß aber in anderen Filialen 80-100% dem Streikaufruf folgten, gab uns immer wieder neuen Mut. Durch Diskussionen mit anderen Kolleginnen und Kollegen z.B. im Streiklokal und deren Redebeiträge am Podium konnte man erkennen, daß die meisten entschlossen waren, weiter zu kämpfen. Ein älterer Kollege forderte einen vollen Streik aller betroffenen Filialen.



In ihrem Streik bekamen die Kollegen solidarische Unterstützung.

Als dann im Juli die Ferien begannen, wurden die Streikaktionen eingestellt. Das kam unter anderem dadurch, daß viele ihren Jahresurlaub schon vor dem Streik in diesen Zeitraum gebucht hatten.

Erfahrungsaustausch

Am 4. August tagte die Tarifkommission der HBV, um über weitere Kampfmaßnahmen zu beraten. In der

dem Ergebnis, daß in Zukunft verstärkt Streikposten aufgebaut werden müssen. In dem zurückliegenden Streik wurden wir von einem Gewerkschaftssekretär ins Streiklokal geschickt. Wir aber glauben, daß es unsere Aufgabe ist, vor unserem Betrieb zu stehen und die Kolleginnen und Kollegen davon abzuhalten, den Streik zu brechen. Denn weil wir uns untereinander persönlich kennen, fin-



Für viele der betroffenen Kollegen war es der erste Streik. Die Erfahrungen aus diesem Arbeitskampf werden jetzt diskutiert, um für die weiteren Auseinandersetzungen noch besser gerüstet zu sein.

uns verbliebenen Ruhepause wurden die Erfahrungen von Kolleginnen und Kollegen der einzelnen Betriebe ausgetauscht, so daß wir aus den einzelnen positiven sowie negativen Erfahrungen lernen konnten.

In „meinem“ Betrieb kamen wir zu

den wir sicher doch Argumente, um alle von der Notwendigkeit des Streiks zu überzeugen. Streik, das heißt nicht nur Abwesenheit von der Arbeit. Es heißt nicht, in einem netten Streiklokal bei Brötchen und Kaffee den weisen Worten des Gewerkschaftssekre-

tärs zu lauschen und nach 3-4 Stunden wieder nach Hause zu gehen. Streik heißt vielmehr, daß sich jeder Kollege und jede Kollegin nach besten Kräften und Fähigkeiten dafür einsetzt, das gemeinsame Ziel zu erreichen. Das heißt, Material und Sandwiches zu besorgen oder zu erstellen, Argumente zu sammeln und letztendlich etwas Mut und viel Zeit.

Mut zum Kampf

Bis jetzt weigern sich die Vertreter der Kapitaleseite, die Verhandlungen bezüglich des Haustarifvertrages wieder aufzunehmen.

Selbst wenn durch die zu erwartenden weiteren Streikaktionen nicht alle Forderungen erfüllt werden können, so haben doch viele Kollegen gezeigt,

daß sie bereit sind, für ihre Interessen zu kämpfen. Denn nur wer Mut zum Kampf hat, kann gewinnen. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.

Jakob Meindorf, Köln
Jungsozialist und HBV-Mitglied
Betriebsratsvorsitzender

Studentenwerk Aachen Unbequemer Gewerkschafter soll hinter Gitter

Es ist nichts Neues, daß Arbeitgeber immer versuchen, aktive Gewerkschafter aus den Betrieben hinauszuschmeißen. Der Kollege Manfred Engelhardt, Personalratsvorsitzender im Studentenwerk Aachen, kann ein Lied davon singen. Er kann kaum noch die Abmahnungen und Kündigungen zählen, die er in den letzten 14 Jahren durchstehen mußte. Jetzt droht ihm Gefängnis für 50 Tage.

Was hat er nun verbochen? Mit anderen ÖTV-Kollegen hat der daran gearbeitet, den Organisationsgrad im Betrieb auf über 95% zu bringen. Im Kampf für mehr Stellen haben sie es geschafft, die Belegschaft in den letzten Jahren von 200 auf 310 (200 Arbeiter und 110 Angestellte) Beschäftigte zu steigern. Mit einem aktiven Personalrat an der Spitze scheut die Belegschaft nicht davor zurück, mal die Arbeit hinzuschmeißen, um ihre Forderungen durchzusetzen und die Pläne der Verwaltung zu durchkreuzen.

Besonders heute, unter dem allgemeinen Druck, Teile des öffentlichen Bereichs zu privatisieren, aber auch im Rahmen von geplanten Sparmaßnahmen, ist die Verwaltung des Studentenwerks bestrebt, die Belegschaft möglichst von 310 auf die ursprünglichen 200 runterzuschrauben. So was geht natürlich einfacher, wenn man zuerst einen kämpferischen Personalratsvorsitzenden entfernt hat. Jeder Anlaß ist gut genug dafür: Der Kollege Manfred wurde vor den Kadi gezerrt, weil in der Personalratsmitteilung (für die er als Personalratsvorsitzender

verantwortlich ist) gerügt wurde, daß ein Abteilungsleiter in der Dienstzeit bei einer nicht genehmigten Feier „sturzesoffen“ war.

Einfache Arbeiter wurden oft wegen geringem Alkoholkonsum im Dienst gemahnt. Beim Abteilungsleiter hört dann der Spaß auf: Manfred Engelhardt wurde wegen Verleumdung verklagt. Dem Richter lagen zwar einige eidesstattliche Erklärungen und eine Reihe von Zeugenaussagen vor, zur Entlastung von Manfred, aber größtenteils wurden die Zeugen erst gar nicht vernommen und die eidesstattlichen Erklärungen blieben unberücksichtigt.

Manfred wurde zu 50 Tagen Gefängnis oder 3750 DM Strafe verurteilt. Ist er einmal vorbestraft, dann kann er nicht mehr im öffentlichen Dienst tätig sein und damit wäre die Verwaltung ihn los. Schutz und Unterstützung erfährt er vor allem von seinen Kolleginnen und Kollegen, die ihn mit 75% der Stimmen bei Personalratswahlen gewählt haben. Auf ihre Initiative hin ist ein Solidaritätskomitee ins Leben gerufen worden, um ihn zu verteidigen. Mit einem Informationsflugblatt, vor anderen Betrieben verteilt, werden andere Kollegen auf solche Machenschaften aufmerksam gemacht mit dem Ziel, Solidarität zu organisieren.

Solidaritätsadresse: Personalrat Studentenwerk, Turmstraße 3, 5100 Aachen.

Gaëtan Kayitare, Aachen
SPD-Mitglied

Seit 9 Monaten Kampf beim Philips-Forschungslabor Hamburg Keine Zukunft für die „Zukunftsindustrie“?

Seit nunmehr neun Monaten wehrt sich die Philips-Belegschaft mit großem Engagement gegen die geplante Verlagerung des Philips-Forschungslabors Hamburg (PFH) nach Aachen. 280 von insgesamt 380 Mitarbeitern des PFH wurden zwar Arbeitsplätze in Aachen „angeboten“, jedoch ist jedem klar, daß dies nur ein Trick des Managements ist, möglichst „unauffällig“ drastischen Arbeitsplatzabbau ohne Sozialplan zu betreiben.

Es liegt auf der Hand, daß die Philips-Kollegen diese Verschiebung von einer Stadt zur anderen nicht mitmachen können und wollen: Sie würden aus Familie, Politik, Kultur und Schule herausgerissen werden und müßten sämtliche soziale Bindungen auf einmal aufgeben.

Die Philips-Kollegen sind nicht bereit, das einfach so hinzunehmen. Zahlreiche Demonstrationen, Betriebsversammlungen und eine nächtliche Laborveranstaltung haben dies

eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Als Musterbeispiel auch für andere Arbeitskämpfe muß hierbei die Rolle der IG-Metall-Vertrauensleute genannt werden, die viele Kollegen in die Aktionen miteinbezogen und entschlossen ihre Solidarität bekundet haben.

Bemerkenswert ist die Bewußtseinsentwicklung der Beschäftigten des PFH. Für viele ist es der erste Arbeitskampf in ihrem Leben, und war in den ersten Wochen noch eine gewisse Unsicherheit und verständliche Angst vorhanden, so entwickelte sich hieraus sehr schnell ein ganz neues Selbstbewußtsein und eine Entschlossenheit zum ausdauernden Widerstand. Äußerungen einiger Mitarbeiter, sie seien im Laufe der vielfältigen Aktionen „ein ganz neuer Mensch geworden“, machen klar, daß eine Kampfbereitschaft entstanden ist, die andauern und so schnell nicht zu erschüttern sein wird.

Neu an dem Philips-Arbeitskampf ist, daß in einer der sogenannten „Zukunftsindustrien“ Arbeitsplätze abgebaut werden. Trotz neuester Technologien und einem Mitarbeiter-Stamm, der der „technischen Intelligenz“ angehört, wird auch hier – genauso wie bisher in den Branchen Kohle, Stahl und Schiffsbau – drastisch rationalisiert.

Der Europäische Binnenmarkt 1992 legitimiert die Konzernleitungen, aus Gründen der „internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ Sozial- und Arbeitsplatzabbau zu betreiben, wo es nur geht!

Der Juso-Landesverband in Hamburg hatte am 5. Juli 1989 zu einer öffentlichen Philips-Solidaritätsveranstaltung eingeladen. Geord Weidinger, Betriebsratsvorsitzender des PFH, hat ein eindrucksvolles Statement in Hintergründen und aktueller Situation abgegeben. Jens Breuß, Jungsozialist in Hamburg-Altona, referierte im Anschluß aus der Sicht von aktiven Jusos, die aufgefordert sind, massiven Druck auf den Hamburger Senat auszuüben.

Auch wenn am Ende der Veranstaltung einstimmig eine Resolution an den Hamburger Senat beschlossen wurde, die fordert, daß kein Geld an Philips fließen darf, wenn auch nur ein Arbeitsplatz abgebaut wird, muß der Hamburger Juso-Verband insgesamt sich viel intensiver und energischer für Belange von Lohnabhängigen einsetzen, um in der Zukunft eine entscheidende Rolle als Massenorganisation für junge Beschäftigte spielen zu können.

Jens Goldbeck, Hamburg-Bahrenfeld
Jungsozialist

Die offizielle Philips-Broschüre sowie Exemplare des „Gegenkonzeptes“ können gegen einen Solidaritätspreis über den Betriebsrat des PFH, Vogt-Kölln-Straße 30, 2000 Hamburg 54, bezogen werden.



Philips-Solidaritätsveranstaltung des Juso-Landesverbandes Hamburg.

Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot - Republikaner wählen ist keine Lösung

Im größten Bundesland der BRD finden am 1. Oktober Kommunalwahlen statt. Angesichts seiner Probleme fragt sich mancher, welcher Partei er nun seine Stimme geben soll. Ob nicht vielleicht doch die Republikaner die einzigen sind, die der Schwierigkeiten Herr werden?

Zwei Bereiche stehen meist im Vordergrund: die Angst um den Arbeitsplatz und die Wohnungsnot. Die Republikaner glauben, die Schuldigen für die Misere gefunden zu haben. Doch sind ihre Antworten wirklich richtig?

„Nehmen uns Aussiedler, Asylbewerber oder Ausländer die Arbeitsplätze weg?“

1. Seit 1974 lebt in der Bundesrepublik fast immer die gleiche Zahl von Ausländern: etwas über 4 Millionen. Heute sind davon 80% länger als fünf Jahre, 60% länger als 10 und 13% länger als 20 Jahre hier. Das heißt: Es ist nicht die wachsende Zahl der Ausländer, die in den letzten Jahren zum Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt hat, sondern der Abbau von Arbeitsplätzen durch die Unternehmer.

2. Heute sieht die Lage auf dem Arbeitsmarkt so aus: Bei einer relativ gleichbleibenden Arbeitslosenzahl beklagt sich die Industrie über fehlende Fachkräfte: 10.000 allein beim Bau, 300.000 im Handwerk. Die Gründe hierfür sind, daß im Zuge von Rationalisierungen eine Entlassungswelle folgte. So sind allein beim Bau seit Anfang der achtziger Jahre ca. 300.000 Arbeiter entlassen worden, darunter auch viele Fachkräfte. Gleichzeitig wurde in den letzten Jah-



ren viel zu wenig ausgebildet.

Also: Die Schuld für die anhaltende Massenarbeitslosigkeit liegt ganz allein bei den Unternehmern.

3. Der einzige Grund, der Unternehmer dazu veranlaßt, ausländische statt deutscher Arbeiter einzustellen, ist, daß sie billiger sind. Bei den Ford-Werken in Köln-Niehl zum Beispiel sind von 16.000 Arbeitern 10.000 Ausländer, größtenteils aus der Türkei (bei den Angestellten macht der Ausländer-Anteil weniger als 1% aus). Die meisten von ihnen sind ungelernete Kräfte, die zwar die gleiche Arbeit am Band machen wie die meist deutschen Facharbeiter, aber statt in Lohngruppe 6 oder 7 in Lohngruppe 4 oder 5 eingestuft werden. Das macht einen Unterschied von 4 bis 5 DM pro Stunde aus.

Von den türkischen Kollegen in diesem Werk sind 85-90% in der IG Metall organisiert (zum Vergleich: 40% der Deutschen sind IGM-Mitglied). Es wäre die Aufgabe der Gewerkschaft, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu kämpfen - Maßstab dafür sollte natürlich der höhere Lohn sein.

„Nehmen uns Aussiedler, Asylbewerber oder Ausländer die Wohnungen weg?“

Nehmen wir noch einmal Köln als Beispiel: Hier leben ca. 9.000 Flüchtlinge. Das sind ein Hundertstel der Bevölkerung. Von ihnen wohnen ca. 2.000 in städtischen Wohnheimen, die restlichen sind meist unter menschenunwürdigen Umständen in Hotelzimmern der untersten Kategorie untergebracht.

Sie können also nichts dafür, daß in der Bundesrepublik ca. eine Million Wohnungen fehlen. Die Schuldigen sitzen in der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung. Diese Regierung stoppte ab 1986 den sozialen Wohnungsbau und pumpte stattdessen viele Millionen in die Städtebauförderung. Das führte zu schick modernisierten Innenstädten - und in der Folge zur Vernichtung billigen Wohnraums.

Das direkt nach der Regierungswende 1982 geänderte Mietrecht bedeutete eine drastische Steigerung der Mieten. Bei jeder Neuvermietung hat der Wohnungseigentümer nämlich seitdem das Recht, mehr Miete zu fordern. Das wirkte sich besonders bei den oft sehr schlecht ausgestatteten Altbauwohnungen aus: Wegen der schlechten Wohnqualität kam es besonders hier zu häufigen Mieterwechseln. Der nächste Mieter mußte dann schon mehr bezahlen. So ist es zum Beispiel in Köln schon keine Seltenheit mehr, daß für eine Altbauwohnung mit Ofenheizung und ohne Bad 10 DM pro Quadratmeter bezahlt werden müssen.

Als eine Maßnahme gegen die Wohnungsnot will die Regierungskoalition jetzt Steuererleichterungen für die Bauherren einführen. Ob diese dann die Wohnungen bauen, wo und wie wir sie brauchen, ist fraglich. Sicher dagegen ist, daß die meisten von uns nicht in der Lage sein werden, die Mieten, die sie verlangen, zu bezahlen.

Welche Lösung bieten nun die Republikaner? Außer ihrer Parole „Ausländer raus“ lautet ihre Devise: Je weniger Kontrolle der Wirtschaft durch den Staat, desto besser. Aber genau diese Politik hat ja zu der Misere geführt, in der wir uns heute befinden!

Nur ein Ende mit der Politik der CDU/CSU/FDP-Koalition kann die Lösung sein. Dafür brauchen wir eine starke SPD! Ein überzeugender Sieg der SPD bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen wäre eine gute Ausgangsposition für die Landtagswahlen und die Bundestagswahl 1990.

Aber nur wählen reicht nicht. Als aktive SPD-Mitglieder müssen wir uns dafür einsetzen, daß unsere gewählten Vertreter konsequent für die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung eintreten und sich nicht auf Kompromisse einlassen.

Barbara Kirschbaum, Köln
SPD-Mitglied



Nicht die Anzahl der Ausländer in der BRD, sondern der Abbau von Arbeitsplätzen ist schuld an der Arbeitslosigkeit.

Dafür kämpft VORAN

- Sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, als ein Schritt zur weiteren Arbeitszeitverkürzung und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle.
- Drastische Kürzungen der Militärausgaben.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie, verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. Ersatzarbeitsplatzgarantie für die Beschäftigten.
- Garantierter Mindestlohn von 1500 DM für alle. Einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung.
- Rücknahme aller Kürzungen und ein staatliches Programm zur Förderung des Wohnungsbaus, der Gesundheitsfürsorge, der Bildung . . .
- Uneingeschränktes kommunales Wahlrecht als ersten Schritt zum vollen Wahlrecht auf allen Ebenen für alle in der BRD lebenden Men-

- schen.
- Keine Unterordnung der SPD-regierten Städte, Landkreise und Länder unter die Zwänge der von der Bundesregierung vorgegebenen Spar- und Steuerpolitik. Stattdessen gemeinsamer Widerstand mit den Gewerkschaften gegen Kohl und Kapital.
- Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle. Demokratische Verwaltung der verstaatlichten Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. je 1/3 Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaft und des Staates), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.
- Für eine SPD-Alleinregierung im Bund, die die Arbeiterbewegung zur Durchsetzung eines solchen sozialistischen Programms mobilisiert.

Ich möchte

VORAN

unterstützen und bitte
um weitere Informationen

Name

Anschrift

Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1; Telefon 0221/134504

Ich möchte

VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM

VORAN weiterverkaufen und bestelle Exemplare
(in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo zu DM beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Postcheckamt Essen, Bankleitzahl 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430